

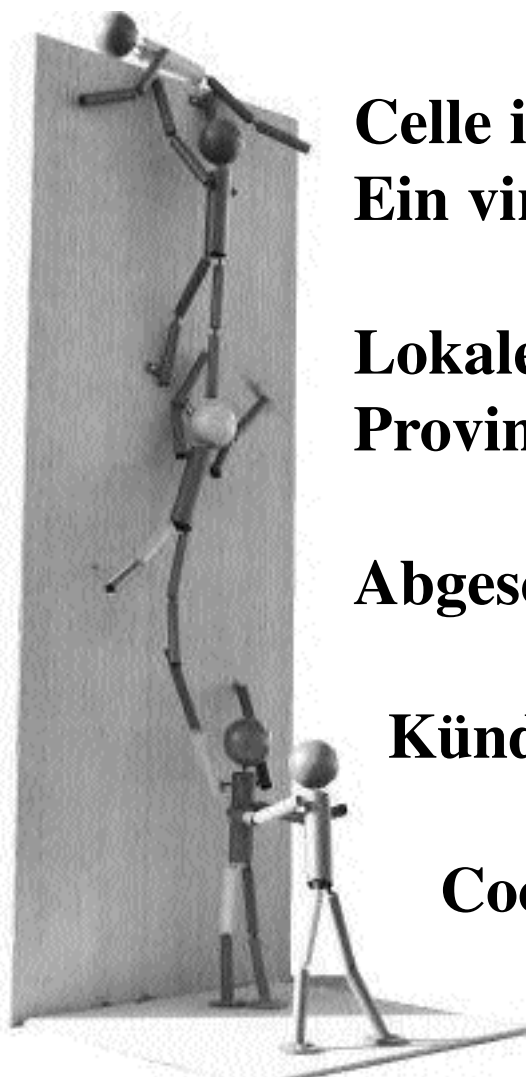
# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe  
nummer 15

september/oktober 2002

## **Flüchtlinge in Cello Rassistische Gesetze in der Kritik**



**Cello im Nationalsozialismus -  
Ein virtueller Stadtrundgang**

**Lokales - Meldungen -  
Provinzielles**

**Abgeschoben ins Elend**

**Kündigung wegen Nazi-Vergleich**

**Coca Cola in Kolumbien  
Erfrischend tödlich**

# Inhalt

Flüchtlinge in Celle - Rassistische Gesetze in der Kritik . . . . .	Seite 03
Celle im Nationalsozialismus - Ein virtueller Stadtrundgang . . . . .	Seite 05
Lokales - Meldungen . . . . .	Seite 06
Pressemitteilung: Hausdurchsuchung in Lüneburg . . . . .	Seite 11
Abgeschoben ins Elend . . . . .	Seite 12
Von Abschiebung bedroht: Zurück in Folter und Haft? . . . . .	Seite 13
Geschichtswerkstatt Auf den Spuren von Celler Opfern des NS . . . . .	Seite 14
Eziden in Celle . . . . .	Seite 15
Ein Blick auf die Achse des Guten . . . . .	Seite 16
Kündigung wegen Nazi-Vergleich . . . . .	Seite 17
Schacht Konrad Atommüllendlager für Europa? . . . . .	Seite 17
Arbeitslosengeld nach Zivildienst? . . . . .	Seite 18
Coca Cola in Kolumbien Erfrischend tödlich . . . . .	Seite 19
Literatur . . . . .	Seite 21
Termine . . . . .	Seite 22



Liebe Leute,

**der Urlaub ist vorbei. Die Schule /der Job hat uns wieder fest in den Klauen. Leider haben wir wieder einen Verlust zu beklagen, zwar "nur" für ein halbes Jahr, aber dennoch: traurig, traurig. Jetzt seid Ihr gefragt, geneigte LeserInnen. Am Montag, dem 30. September, um 20.00 Uhr im Bunten Haus wollen wir Euch alle sehen! Alle, die die revista verteilen oder auslegen wollen, neue Ideen haben, schreiben wollen, oder Vorstellungen haben, wie wir an Geld kommen können, oder, oder, ... Denkt nicht, ach, das kann ich nicht. Klar könnt Ihr, wetten? Also, bis zum 30.09. Wir freuen uns auf Euch**

**Eure revistas**

Impressum  
Revista, Nr.15 ■ Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro). ■ Postanschrift: Revista c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle  
■ E-Mail: Revista@gmx.de ■ V.i.S.d.P.: Ralf Hbner  
■ Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001 K-Nr: 108 099 698, Stichwort 'Revista' ■ Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personennamen gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!  
■ <http://mitglied.lycos.de/Revista/>

# Flüchtlinge in Celle - Rassistische Gesetze in der Kritik Arbeit \* Soziales \* Recht

Das "Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus" hatte am 17. Juni 2002 zu einer Veranstaltung zum Thema "Flüchtlinge in Celle. Recht - Soziales - Arbeit" ins Urbanus-Rhegius-Haus eingeladen. In drei Blöcken wurde dabei, moderiert von Gudrun Echhardt vom DGB Niedersachsen-Bremen, über die Situation von Flüchtlingen in Stadt und Landkreis Celle informiert, und es wurden Möglichkeiten zur Verbesserung diskutiert. Leider waren nur rund 30 BesucherInnen gekommen, von denen die meisten in dem Forum zugehörigen Organisationen engagiert sind.

Die drei thematischen Blöcke wurden jeweils von dem in Hamburg lebenden Kabarettisten Mario Buletta eingeleitet. Zum Thema "Recht" machte er sich, Reich-Ranicki parodierend, an eine literarische Kritik des "Residenzpflichtgesetzes", das Flüchtlingen das Verlassen ihres Wohnortes untersagt. Diese an die Apartheid erinnernde Praxis und "Prosa" spitzte Buletta in einer fiktiven Situation zu, in der ein vor Nazis fliehender Asylbewerber sich strafbar macht, weil er während seiner Flucht die Landkreisgrenze überschreitet. Der Hannoversche Rechtsanwalt Ulrich Lerche konnte leider nur bestätigen, wie real die Satire in diesem Punkt ist. Die "Residenzpflicht" beschrieb er als diskriminierende Auflage, die auch ausschließlich in dieser Diskriminierung ihren Sinn habe. Erfreulicherweise hätten zuletzt einige Obergerichte dahin entschieden, dass die "Residenzpflicht" nicht gegen jene Flüchtlinge anzuwenden sei, deren Anwesenheit in Deutschland zeitlich unbestimmt ist. - Eine besondere Problematik sah der Rechtsanwalt darin, dass die allermeisten Flüchtlinge ohne jede anwaltliche oder sonstige Beratung in die erste und für ihr Asylverfahren wichtigste Anhörung gehen. Die "Entscheider" würden in der Befragung zumeist rein schematisch verfahren, ohne auf die biographischen Besonderheiten des einzelnen Falls jeweils einzugehen. Entsprechend schematisch fielen dann auch die Entscheidungen aus, mit denen sich im

Verwaltungsgerichtsverfahren die Anwälte auseinanderzusetzen hätten. Ursprünglich war vorgesehen, dass Lerche mit einem Vertreter des Landkreises Celle auch über die konkrete Abschiebep Praxis in Celle diskutieren sollte, doch Landrat Wiswe weigerte sich, einen Referenten zu entsenden, weil er Zweifel an der Verfassungstreue einiger dem Forum angehörender Organisationen habe.

Die Stadt Celle verhielt sich offener, der Sozialamtsleiter Wilhelm von Fintel stellte sich in einer Runde mit Cornelius Yufani von der Flüchtlingsorganisation "The Voice" der Kritik. Im Zentrum stand dabei das Asylbewerberleistungsgesetz. Mario Buletta machte mit einem kurzem Sketch klar, dass es sich um ein Sondergesetz handelt, das ein Leben unterhalb des staatlich definierten Existenzminimums als mit der Menschenwürde vereinbar konstruiert. Gegenüber dem BSHG gelten für Asylsuchende und andere Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus stark abgesenkte Regelsätze und reduzierte sonstige Sozialleistungen (17-28 % unter dem Sozialhilfegesetz). Neben im Regelfall reduzierten Leistungsansprüchen unterliegen Flüchtlinge weiteren Beschränkungen und Diskriminierungen: Der größte Teil der Leistungen wird z.B. in Celle in den ersten drei Jahren nicht als Bargeld, sondern in Gutscheinen ausgegeben. Das Gutscheinsystem fördert im Alltag zusätzliche Diskriminierungen: Nicht alle SB-Märkte und nur die wenigsten Einzelhändler nehmen Gutscheine an, der Einkauf muss gezielt auf die Gutscheinsumme ausgerichtet werden, da Wechselgeld nur bis 10 % der Gutscheinsumme herausgegeben wird. An jeder Kasse ist der Sonderstatus der mit Gutscheinen Einkaufenden für alle Umstehenden sichtbar. Viele Dinge des Lebens lassen sich mit Gutscheinen nicht bezahlen: Tabak, Briefmarken, Fahrkarten, Telefonrechnungen, Kinderwünsche - für all dies gibt es nur den Barbetrag von 40 bzw. 20 Euro pro Monat.

Wilhelm von Fintel konnte zwar nicht nachvollziehen, dass vom Gutscheinsystem eine Diskriminierung ausgehe, aber er räumte ein, dass es für die Verwaltung ein mehr an Kosten und Aufwand bedeute. Deshalb habe er auf Fachebene, z.B. bei Amtsleitertreffen auf Bezirksebene seine Einwände gegen dieses System immer wieder vorgebracht. Der Celler Sozialamtsleiter referierte breit die statistische Situation und die spezifische Celler Dynamik, wonach die Stadt lange keine "Probleme" mit Flüchtlingen gehabt habe, weil die Quote durch kurdische Asylbewerber erfüllt gewesen sei. Erst seit den frühen 1990er Jahren habe man sich - zunächst unvorbereitet - mit neuen Flüchtlingsgruppen auseinanderzusetzen müssen.



Ohne dafür beim Publikum viel Verständnis zu gewinnen, sah er als einen Indikator für die Ausländerfreundlichkeit Deutschlands die finanziellen Aufwendungen für Flüchtlinge. Und jeder Familienpsychologe weiß, dass von Fintels Satz, wonach die Deutschen dafür keine Dankbarkeit erwarteten, eben das genaue Gegenteil meint. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass der in Göttingen lebende Sprecher der Flüchtlingsorganisation, "The Voice", gerade hier scharf intervenierte. Cornelius Yufani fragte, ob von Fintel wisse, dass in den ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika noch heute mehr Deutsche lebten als Afrikaner in Deutschland, und dies nicht marginalisiert, sondern als Bestandteil der gesellschaftlichen Oberschicht. Wenn die ehemaligen Kolonialländer heute mit Sozialleistungen ihre vermeintliche Großzügigkeit zu belegen versuchten, müsse er darauf bestehen, die Bilanz von dem Zeitpunkt an zu ziehen, wo die Kolonialherren ihre Füße auf den afrikanischen Kontinent gesetzt hätten. Wer da bei wem noch heute in der Schuld stehe, sei offensichtlich. Neben Beifall gab es hierfür im Publikum interessanterweise auch mürrische Zwischentöne. Gegenüber der Kritik am Asylbewerberleistungsgesetz hatte sich von Fintel zunächst auf den Standpunkt zurückgezogen, Verwaltung mache keine Gesetze, sondern sei zu deren korrekter Umsetzung verpflichtet. Aus dem Publikum wurde ihm daraufhin vorgehalten, dass die spezifische Umsetzung z.B. der Gutscheinpraxis in Celle aber auch von der lokalen Ebene zu verantwortende Elemente habe. Nicht vom Gesetz her, sondern auf seine Anweisung hin würden Flüchtlinge bei ihren Gutscheineinkäufen den Kassenbon nicht mehr erhalten (siehe auch die letzte 'revista'). Der Sozialamtsleiter nannte als Grund für diese Praxis Unregelmäßigkeiten in einer Verkaufsstelle. Gefragt, warum er hier keine Problemlösung mit dem Geschäft suche, sondern eine zusätzliche Benachteiligung und Diskriminierung gegen Flüchtlinge aufrichte, sagte Wilhelm von Fintel eine Überprüfung dieser Praxis zu.

In der letzten Runde trafen Katharina Seewald vom DGB und Werner Will vom Celler Arbeitsamt aufeinander. Die restriktive Abschottung des Arbeitsmarktes gegenüber Flüchtlingen ist trotz der Aufhebung des formalen Arbeitsverbots alltägliche Praxis. Katharina Seewald räumte ein, dass dies leider auch der Position der meisten Einzelgewerkschaften entspreche, um dann mit einem energiegeladenen Statement diese Haltung grundsätzlich zu kritisieren. An einem Beispiel machte sie auch deutlich, welchen Aufwand es für Personal- und Geschäftsleitungen bedeute einen Flüchtling einzustellen. Denn: Ein Asylbewerber darf nur dann eingestellt werden, wenn kein Deutscher oder EU-Ausländer für diesen Job in Frage kommt. So habe sie in einem Fall, um die Einstellung eines kurdischen Flüchtlings in der Jugendbildungsstätte des DGB zu erwirken, über dreißig individuell formulierte Absagen schreiben müssen. Horst Will vom Celler Arbeitsamt berichtete von den Bemühungen des Celler Arbeitsamtes, Jobs an Flüchtlinge zu vermitteln. Dies sei aber überhaupt nur in den Bereichen Gastronomie, Land- und Forstwirtschaft sowie Gebäudereinigung erlaubt, und auch hier gelte das Vorrangprinzip. So kämen für Flüchtlinge in der Praxis nur Arbeitsplätze in Frage, die deutsche Arbeitnehmer in der Regel ablehnen würden. Und dann, so Will, müssten sich die Vermittler anhören, die Ausländer

nähmen den Deutschen die Arbeit weg. Auch Will sah das Arbeitsamt nur als ausführende Instanz. Die Anregung aus dem Publikum, es gegen rassistische Ressentiments doch mal mit Aufklärungsarbeit zu versuchen, wehrte Will ab.

Von den Fakten her brachte die Veranstaltung kaum Neues, von den Haltungen der diskutierenden PodiumsteilnehmerInnen und der BesucherInnen her schon. Ganz falsch liegen die Verwaltungsvertreter ja nicht, wenn sie auf ein Primat der Politik verweisen. Doch auch von ihnen kann erwartet werden, dass sie ihr Handeln, wo es Spielräume gibt, an Gesichtspunkten von Humanität und Gleichheit ausrichten. Leider ist's auf der anderen Seite so, dass gerade mal zwei Kommunal-PolitikerInnen sich für die angesprochenen Probleme interessierten: Dabei ist Wolf Wallat sowieso der SPD-Vertreter im Forum, und Georgia Langhans (Bündnisgrüne) kann bei ihrer kurzen Stippvisite nicht viel mitbekommen haben. Demgegenüber war erfreulich, dass die BesucherInnen die Auffassungen der Behördenvertreter nicht unkritisiert ließen. Über Cornelius Yufani wurde zudem klar, dass Flüchtlingspolitik stärker auf die Selbstorganisation der Betroffenen setzen muss.

Der Versuch des "Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt" eine lokale Debatte über die Situation von Flüchtlingen zu eröffnen, ist sicher nur in Teilen erfolgreich gewesen. Das Desinteresse seitens der Parteien und vor allem auch der Lokalpresse, die nicht einmal eineN RedakteurIn schickte, ist bezeichnend für den Zustand der politischen Kultur in dieser Stadt. Um so mehr sollte sich das "Forum" gefordert fühlen, offensiver gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen und die inhumanen Konsequenzen deutscher Abschottungspolitik zu agieren.

Blumer

---

## **Brandanschlag aufs Flüchtlingsheim**

Am Samstag, den 17. August 2002, hat es nachmittags einen Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in der Harburger Straße gegeben. Der oder die Täter entzündeten an dem Hinterausgang eine große Fußmatte. Der entstehende Brand konnte von Bewohnern und Feuerwehr gelöscht werden. Die Tür ist zerstört. Es entstand ein Sachschaden in Höhe von 2500 Euro, Menschen wurden nicht verletzt. - Bei Gesprächen, die revista mit einigen Flüchtlingen führte, blieb offen, von welcher Seite die Brandstiftung ausgegangen ist. Knapp eine Woche nach dem Anschlag war der Ausgang nicht repariert, sondern mit einem Brett zugenagelt. Nach einem ungeklärten Brandanschlag ist es geradezu unverantwortlich, einen Fluchtweg einfach versperrt zu lassen. Auch ansonsten zeigte sich bei unserem Rundgang durchs Haus, dass von den Versprechungen der LokalpolitikerInnen zur Renovierung der Flüchtlingsunterkunft praktisch nichts umgesetzt ist. Jeder Knast bietet - sieht mensch von den Gittern ab - bessere Lebensbedingungen. Manche Flüchtlinge leben seit über drei Jahren in diesen Zuständen

# Ein virtueller Stadtrundgang

"Celle im Nationalsozialismus" ist der Titel eines virtuellen Stadtrundgangs, der am 1. September 2002 mit Unterstützung durch die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung und die RWLE Möller Stiftung im Internet sein Portal öffnet. Im Rahmen einer antifaschistischen Stadtführung hat das "Archiv für neue soziale Bewegungen" in den vergangenen Jahren gelegentlich Gruppen an die Orte geführt, die für Opfer, Täter und auch Zuschauer zwischen 1933 und 1945 von Bedeutung waren. Wir sprachen mit Reinhard Rohde über das Internet-Projekt und seine Unterschiede zum "Reality"-Rundgang.

## Warum gibt's den antifaschistischen Stadtrundgang jetzt auch im Internet?

Bei den Führungen können wir z.B. aus Zeitgründen nie alle ausgearbeiteten Stationen ansteuern. Es wird jedes mal eine Auswahl getroffen, zugeschnitten auf die besonderen Interessen der Gruppe oder schlicht auch auf die ihr zur Verfügung stehende Zeit. Im Internet sind jetzt alle möglichen Stationen ansteuerbar, und im Unterschied zum Stadtrundgang sind auch wichtige Orte wie der jüdische Friedhof dabei, die zu weit vom Stadtzentrum entfernt liegen oder die wie etwa das alte Gebäude des Hermann-Billing-Gymnasiums längst abgerissen sind. Nebenbei haben wir auch die Hoffnung, dass mit dem virtuellen Rundgang vielleicht auch andere Leute erreicht werden als mit der klassischen Führung.

## Was erwartet uns, wenn wir auf die Seiten von "www.celle-im-nationalsozialismus.de" gehen?

Es gibt die Möglichkeit dem vorgegebenen Pfad zu folgen, bei dem Auftakt und Abschluss durch zwei offizielle Erinnerungsorte markiert sind, das wenig bekannte Mahmal für die Opfer der sogenannten "Hasenjagd" des 8. April 1945 in den Trifanlagen und die Synagoge "Im Kreise". Auf jeder

Seite gibt's dann ein historisches Foto oder ein Dokument und einen knappen Text. Ist das Interesse größer, können sich die Besucher zu Begriffserläuterungen, Hintergrundtexten oder Dokumenten weiterklicken. Der weitere Weg führt dann zu Gebäuden, in denen NSDAP, SA und andere Parteigliederungen wirkten oder in denen z.B. Richter und Staatsanwälte als willige Helfer Hitlers agierten. Vollständig sind die Häusern aufgeführt, in denen die jüdischen Bürger wohnten oder ihre Geschäfte hatten. An diesen Stationen wird mit kurzen Biographien das Schicksal der Familien skizziert. Selbstverständlich sind auch die Orte aufgenommen, anhand derer die Widerstandsbestrebungen von Teilen der Arbeiterbewegung erläutert werden.

## Mit welchem Material habt Ihr gearbeitet?

Ausgangspunkt war der antifaschistische Stadtplan, den RWLE Möller und ich zuerst 1985 zusammengestellt hatten. Zwischenzeitlich hat es dann ja wichtige und gute Veröffentlichungen von Mijndert Bertram, Sabine Maehnert, Sybille Obenaus und anderen gegeben. Deren Forschungsergebnisse sind selbstverständlich eingeflossen. Von Anfang gibt's einen Zugang zu einem relativ großen Textarchiv mit vielen kleineren Aufsätzen z.B. aus dem Celler Zündel, Publiz und auch revista.



Im Internetrundgang gibt's auch einige bisher unveröffentlichte Fotos zu sehen wie hier den Aufmarsch einer SA-Formation auf den Großen Plan.

## Gibt es noch Lücken?

Von der Perspektive eines Stadtrundgangs sicher nicht viele, von thematisch-methodischer Seite her schon. Der Schwerpunkt liegt auf Fragen von Verfolgung und Widerstand, also NS-Terrorinstrumente, Opfer und sozialistischer Widerstand. Etliche Aspekte aber fehlen wie z.B. die Transformation der Wirtschaft und die Gleichschaltung von Vereinen und Verbänden oder auch die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. Das ist auch über den Textbestand nur teilweise zu erschließen. Ein bisschen ist deshalb auch die Hoffnung, dass die Internetseiten dazu anregen, das eine oder andere doch noch genauer zu untersuchen. Und im Unterschied zu einem Buch ist das Internet ja eine flexible Plattform, die Ergänzungen oder Korrekturen zulässt.

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

## Grüne Krokodilstränen

Die Grüne Bundesvorsitzende Claudia Roth besuchte im Rahmen ihrer Wahlkampftour auch den Landkreis Celle und behelligte einen Sprachkurs für Migrantinnen in Nienhagen mit ihrem Interesse. Von den Teilnehmerinnen sah sich die Politikerin mit kritischen Anmerkungen hinsichtlich der Residenzpflicht und des Arbeitsverbots für Flüchtlinge konfrontiert. Das Residenzpflichtgesetz untersagt Flüchtlingen bekanntlich, den ihnen zugewiesenen Landkreis ohne Genehmigung der Ausländerbehörde zu verlassen. Tun sie es dennoch, ist dies eine Ordnungswidrigkeit, die aber schon Anlass für die Abschiebung sein kann. Auf einen Einzelfall angesprochen, war Roths Reaktion tatsächlich, die Celler Kreisverwaltung für die Anwendung dieses Gesetzes zu kritisieren. Das ist schon dreist: Vier Jahre lang haben die Bündnisgrünen als Regierungspartei nicht die geringste Anstrengung unternommen, dieses in Europa fast beispiellose rassistische Gesetz abzuschaffen. Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit wird Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in diesem Land von einer rot-grünen Regierung verweigert und nicht von einer ausführenden Kreisbehörde (wie bescheuert sich diese auch verhalten mag). Und offensichtlich haben die bündnisgrünen Zivilgesellschaftler auch nicht die Absicht, diese Grundrechtseinschränkung abzuschaffen - sonst hätte es Claudia Roth bestimmt verkündet.

Dass an dem Nienhagener Sprachkurs anscheinend auch Flüchtlinge teilnehmen können, ist - auch darauf lohnt sich hinzuweisen - nicht Berliner Politik, sondern in der Regel eher der Phantasie der lokalen Träger und manchmal auch des ehrenamtlichen Engagements zu verdanken. Zum einen steht die Durchführung derartiger Kurse permanent unter Finanzierungsvorbehalt. Zum andern haben Flüchtlinge in der rot-grünen Republik keinen Anspruch auf die Teilnahme an diesen Deutschkursen. In Niedersachsen steckte man bis zuletzt

die Kinder von Flüchtlingen in die Schulklassen (Schulpflicht), ohne dass geregelt gewesen wäre, wie sie schnell Deutsch lernen, um dem Unterricht überhaupt folgen zu können. Es blieb dem freiwilligen Engagement der Schulen überlassen, hier Wege zu finden, zusätzliche Mittel vom Land gab's nicht.

## Schamlose Krieger

Unter der Regierung Schröder hat die SPD bekanntlich zwei völkerrechtswidrig fragwürdige Angriffskriege gegen Jugoslawien und Afghanistan mitgetragen, die Bundeswehr treibt sich mit ihrer Zustimmung in fünfstelliger Soldatenzahl in der Welt herum. Da bringt es der SPD-Unterbezirk Celle tatsächlich fertig, aus Anlass des Anti-Kriegstags zu einer Kranzniederlegung mit Ansprachen in der Gedenkstätte Bergen-Belsen aufzurufen. Als Begründung ist dem Flyer zu entnehmen: "Im Mittelpunkt steht die Mahnung: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!" Künftig haben wir ein Beispiel mehr, um den Begriff "schamlos" zu erklären. Dabei müsste wahrscheinlich selbst ein Satz wie "Wer Schröder wählt, wählt Krieg" nicht mehr die Freiheit der Satire für sich in Anspruch nehmen, um straffrei zu bleiben. Im Anschluss an die Kranzniederlegung gibt's eine Podiumsdiskussion mit Hans-Jochen Vogel. Peter Struck, dem Gedenkstättenleiter Thomas Rahe und



Tom Seibert vom DGB, der als Mitveranstalter auftritt.

## REPs wieder mit Köhler

Mit Wilhelm Köhler für den Wahlkreis Celle-Land und Christiane Kott für den Wahlkreis Celle-Stadt gehen die rechtsextremistischen Republikaner in den Landtagswahlkampf. Köhler wurde im Juni auch erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt, Kott zu seiner Stellvertreterin. Weiter gehören dem Kreisvorstand an: Sascha Alps, Reinhard Gall, Karsten Jänicke und Heike Kröncke.

## Drohbrief an jüdische Gemeinde

Anfang Juli erhielt die jüdische Gemeinde in Celle einen Drohbrief, der parallel an andere jüdische Einrichtungen verschickt worden war. Neben Lob für palästinensische Selbstmordattentäter enthält der Brief Schmähungen gegen Michel Friedmann. Da die Briefe in Karlsruhe aufgegeben worden sind, ermittelt die dortige Staatsanwaltschaft.

## Mahnwache gegen Abschiebung

Der Hermannsburger AK Asyl hat mit einer Mahnwache während einer Kreistagssitzung im Juni gegen die Pläne des Landkreises protestiert, eine tschetschenische Familie aus Hermannsburg abzuschieben. Auf einem Transparent wurde gefordert: "Menschlichkeit statt Staatsgewalt". Landrat Wiswe sieht seine Behörde an die Entscheidungen der Gerichte gebunden, die das Asylbegehren der Familie letztinstanzlich abgelehnt habe. - Kurz zuvor aber hatte der

# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sich gegen die Abschiebung abgelehnter tschetschenischer Asylbewerber ausgesprochen: "Nach wie vor besteht eine generelle Gefährdungslage, die die Abschiebung, wie sie gegenwärtig deutsche Verwaltungspraxis ist, als unverträglich erscheinen lässt", heißt es in einem Brief an den Berliner Senat.

## Privatakademie will nach Celle

Ab Herbst 2003 will die Privatakademie "Fachhochschule für die Wirtschaft" (FHDW) für zunächst rund 60 StudentInnen einen dualen Ausbildungsgang zu Diplom-Ingenieuren der Fachrichtungen Mechatronik und Logistik ausbilden. Das dreijährige Studium ist in einen theoretischen und einen betriebspraktischen Teil gegliedert. Die monatliche Studiengebühr von 630 Euro werden in der Regel jene Unternehmen bezahlen, die ihre MitarbeiterInnen zur Weiterbildung an die Schule schicken oder SchülerInnen für diesen Studiengang gewinnen, die sich verpflichten, nach einem Abschluss mindestens drei Jahre im Stipendiumsbetrieb zu arbeiten. Nach einer Anlaufphase rechnet FHDW-Präsident Müller-Siebers mit rund 300 StudentInnen.

## Wegweiser für MigrantInnen

Der AK Ausländer in Celle hat in enger Zusammenarbeit mit Beratungsstellen den ersten Wegweiser für Migrantinnen und Migranten in der Stadt und im Landkreis Celle entwickelt. Die 40-seitige Broschüre im Din A5-Format will BeraterInnen in ihrer Arbeit unterstützen und MigrantInnen und ihren Familien helfen, sich in der Stadt und im Landkreis Celle einzuleben und die vor Ort bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. In den Wegweiser aufgenommen sind Institutionen, Vereine und Personen, die spezifische Beratung oder

Förderprojekte für MigrantInnen anbieten. Neben Adresse, Telefonnummer und Kontaktpersonen sind das Angebot, die Zielgruppe und eine knappe Selbstdarstellung übersichtlich zusammengestellt. Da leider nicht alle "Träger" und Vereine sich auf die Anfrage des AK Ausländer gemeldet haben, ist die Zusammenstellung nicht "komplett". Aber für eine nächste Auflage haben die Herausgeber einige Formblätter eingefügt. Und eine nächste Auflage könnte schnell folgen, denn gedruckt sind nur 500 Exemplare. Interessierte können die Broschüre kostenlos beziehen über: AK Ausländer in Celle, c/o Diakonische Werk, Fritzenwiese 11, 29221 Celle - Tel. 05141-7505-90 oder DW.Celle@evlka.de.

## Mit Luftballons für bessere Kitas

Dank des erfolgreichen Kita-Volksbegehrens hat das Land Niedersachsen das alte Kita-Gesetz zum 1. August wieder in Kraft gesetzt, was nach Auffassung der InitiatorInnen die Strukturqualität in den niedersächsischen Kindertagesstätten durch Mindeststandards absichert. Um diesen Erfolg zu feiern, aber auch eine qualitative Weiterentwicklung der Einrichtungen einzufordern, hat das "Bündnis für Kinder und Familien in Niedersachsen" am 16. August in Niedersachsen landesweit 10.000 goldgelbe Ballons mit der Aufschrift "Kinder sind Gold wert - die Investition in die Zukunft" in den Himmel steigen lassen. Vor dem Rathaus nahmen die Kinder, Mitarbeiterinnen und Eltern von vier Celler Kitas teil.

## Streik auf Celler Baustellen

Im Tarifkampf der Baubranche wurde im Juni auch in Celle gestreikt. Auf vier Baustellen streikten rund 80 Bauarbeiter für mehr Lohn und die Erhöhung der Mindestlöhne auch im Osten. Zeitweise waren bundesweit über

30.000 Bauarbeiter im Streik. Vereinbart wurden schließlich zwischen der Baugewerkschaft und den Arbeitgeberverbänden eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in Höhe von 3,2 Prozent ab 1. September 2002. Für die Monate Juni, Juli und August erhalten die Beschäftigten jeweils eine Einmalzahlung in Höhe von 75 Euro. Ab April 2003 gibt es eine weitere Erhöhung um 2,4 Prozent.

## Nazi-Denkmal jetzt auf Schützenplatz

Das 1936 vor dem Eingang der seinerzeitigen Artilleriekaserne (heute Ost-Europa Zentrum) aufgestellte Denkmal mit "Wehrmachtssoldaten an Feldhaubitze" ist jetzt wieder im öffentlichen Raum zu besichtigen. Es steht beim Garnison-Museum auf dem Schützenplatz. Erst vor vier Jahren hatte man das Nazi-Denkmal vor dem Ost-Europa-Zentrum in der Hannoverschen Straße entfernt und eingemottet. Man fand es unpassend, die osteuropäischen Besuchern der Akademie mit Nazi-Ästhetik zu konfrontieren. Das Objekt jetzt auf dem Schützenplatz aufzustellen, zeugt von einem merkwürdigen Verständnis: Man entzieht es den Augen osteuropäischer Gäste, um das martialische Objekt der "Helden"-Verehrung einem viel größeren Publikum zugänglich zu machen. Der zweite Vorsitzende des Garnison-Museums-Vereins meinte gegenüber der CZ in entlarvend naiver Offenheit: "Hier bei uns steht das Denkmal jetzt richtig."



## Weniger Jobs im AA-Bezirk Celle

Dass der prognostizierte wirtschaftliche Aufschwung um Celle einen Bogen macht, wiesen im Juli die statistischen Zahlen des Arbeitsamtes aus. Erstmals seit 1998 war in der Jahresmitte ein Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu registrieren, 629 Jobs weniger als im Vorjahr. Knackpunkt ist das Baugewerbe, wo binnen einen Jahres die Beschäftigtenzahl von 9550 auf 8505 gesunken ist. Auch im verarbeitenden Gewerbe gingen 350 Jobs verloren. Der private Dienstleistungssektor legte zwar um 773 zu, konnte den Stellenabbau der anderen Branchen aber nicht kompensieren. Insgesamt gab's im Arbeitsamtsbezirk 110444 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

## Che & Kuba: Alles Pop?

Stauend konnten wir im Sommer registrieren, dass die neue Vorsitzende der CDU-nahen Schüler Union Celle-Gifhorn, Sarina Hoy, in dem ihre Wahl



verkündenden CZ-Bericht auf einem Foto mit einem T-Shirt zu sehen war, das mit dem Schriftzug CUBA (incl. Stern) Werbung für den "Schurkenstaat" macht. Kurz zuvor waren wir schon ins Stutzen gekommen, als der Jahrgangsbeste der Hauptschule Hambühren sich mit Che- und AntiFa-Aufnehmern auf der Jacke neben seinem

Rektor fotografieren ließ. Sehen wir demnächst die Juso-Chefin mit Kalaschnikow im Stern und lockerem "RAfft Euch auf!"-Schriftzug?

## Yeziden gegen Assimilierung

Entschieden hat sich Suat Yavsan von der Berger "Gemeinde der Yeziden" gegen die Assimilierungsauffassungen von Innenminister Schily gewandt. Assimilierung bedeute für die yezidische Glaubensgemeinschaft den Untergang. Schon in ihren Herkunftsländern seien die Yeziden vor die Alternative gestellt worden, sich entweder zu assimilieren oder zu gehen. Yavsan sprach sich in einem Gespräch mit der CZ dafür aus, dass jeder in Deutschland lebende Ausländer seine religiöse und kulturelle Identität bewahren können müsse: Auf der anderen Seite müsse, wer Integration ernst nehme, z.B. mehr Deutschkurse anbieten. Der in Bergen lebende Kurde forderte auch eine eigene Begegnungsstätte für die Yeziden, in der auch interkulturelle Projekte angesiedelt sein könnten.

## Esso spinnt Greenpeace-Aktion gegen ExxonMobil in Celle

Die Fassade des Celler Mobil-Hochhauses diente Anfang Juli als Projektionsfläche für eine Dia-"Show" von Greenpeace-Aktivistinnen. Die Umweltschutzorganisation protestierte gegen Esso, die größte Tochter des Konzerns ExxonMobil. Mit einem Starklicht-Projektor wurde deshalb u.a. eine Karikatur des Esso-Firmen-Maskottchens abgebildet, der Tiger zeigt dem Konzern einen Vogel und in einer Sprechblase zu lesen ist: "E\$\$O spinnt. Ich steig aus beim Klimakiller!". Celle war die zweite Station einer bundesweiten Greenpeace-Protesttour gegen die umweltzerstörerischen Geschäfte des Ölmultis. Greenpeace wirft dem weltgrößten Konzern ExxonMobil vor, Milliardengewinne

aus dem Ölgeschäft auf Kosten der Umwelt zu erwirtschaften. Im Jahr 2001 erzielte ExxonMobil einen Gewinn von 15 Milliarden Dollar. Trotzdem weigere sich der Ölmulti, auch nur einen Dollar in zukunftsfähige Energien zu investieren. "Ob unter dem Namen Exxon, Esso oder Mobil - diese Ölgesellschaft zerstört die Umwelt ohne Rücksicht auf Verluste und sabotiert den Klimaschutz", sagte Greenpeace-Energieexperte Karsten Smid zum Auftakt der Kampagne. So wird z.B. durch die Erdölgewinnung des Konzerns auf der russischen Insel Sakhalin der Lebensraum der letzten Grauwale bedroht, in Kamerun wird für eine Ölpipeline eine Schneise durch den Urwald geschlagen. ExxonMobil untergräbt zudem systematisch alle Anstrengungen, die Klimaerwärmung in den Griff zu bekommen. Die Lobbyarbeit des Multis trage maßgeblich dazu bei, dass die Bush-Regierung das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert. Smid: "10 Jahre nach Rio geht der rücksichtslose Raubbau an unseren Rohstoffen ungebremst weiter. Wir erwarten vom Treffen der internationalen Staatengemeinschaft in Johannesburg, dass den global operierenden Ölmultis mit strikten Regeln ein Riegel vorgeschoben wird. Diese Konzerne müssen ökologische und soziale Verantwortung übernehmen, in erneuerbare Energien investieren und sich eindeutig zum Klimaschutz bekennen." Mehr Infos gibt's im Internet unter [www.stopesso.de](http://www.stopesso.de).

## Biermann ehrt braunen Rand

Mit dem Spruch "sturmfest und erdverwachsen..." meinte Oberbürgermeister Biermann den im Juli verstorbenen ehemaligen Ratsmitglied Hand Lehmann treffend zu charakterisieren. Und in gewisser Weise traf Biermann mit dieser Zeile aus dem von einem Nazi-Aktivistin getexteten "Niedersachsenlied" ins Braune. Das langjährige Ratsmitglied Lehmann war erst kurz vor Ablauf seiner letzten Ratsperiode im Jahr 1976 in die CDU



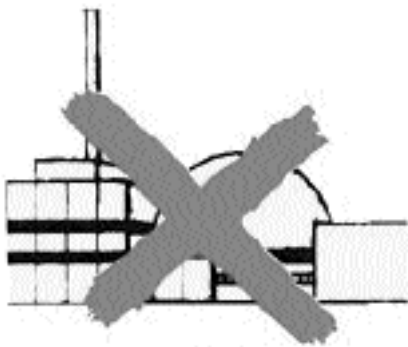
# LOKALES MELDUNGEN PROVINZIELLES

eingetreten. Begonnen hatte er seine Ratstätigkeit 1961 für die Deutsche Reichspartei (DRP), einer neofaschistischen Partei, deren führende Politiker fast alle NSDAP-Mitglieder waren, auch ehemalige SS-Offiziere tummelten sich in ihren Gremien. Die DRP war an den Initiativen zur Gründung der NPD beteiligt. Von 1964 bis 1968 und 1973 bis 1976 war Lehmann für die Wählergemeinschaft im Stadtrat, die in jenen Jahren kaum Berührungspunkte zum braunen Milieu hatte.

## Gefährliche Fracht

Mit der Verteilung eines Flugblatts und einem Transparent machte das Celler Forum gegen Atomenergie am 21. August 2002 die Bahnpendler dar-

# Kein CASTOR



auf aufmerksam, dass wieder mal Castorbehälter aus norddeutschen Atomkraftwerken in die französische Wiederaufarbeitungsanlage La Hague gebracht wurden. Neben der Strecke über Verden erfolgen diese Atommülltransporte alternativ manchmal auch über Celle, so etwa im Mai vergangenen Jahres.

Nach Angaben der AKW-Gegner sollen in den nächsten Jahren noch bis zu 2000 Tonnen abgebrannte Brennelemente aus deutschen AKWs in die Wiederaufbereitungsanlagen nach Sellafield und La Hague gebracht werden. Die Transportrouten würden dabei mitten durch Ballungszentren führen, in denen Millionen Menschen leben und arbeiten. "Das Gefahrenpotential wird in dramatischer Form unterschätzt bzw.

geleugnet," heißt es in einer Erklärung der Initiative. Niemand könne ausschließen, dass die Behälter nach einem Unfall auch Feuer ausgesetzt werden und es zur Freisetzung von Radioaktivität komme. Nach Auffassung des Celler Forums gegen Atomenergie wird die Frage, wohin überhaupt mit dem Jahrtausende strahlenden Müll, nur auf die lange Bank geschoben. Der sogenannte Atomkonsens führt nochmal zu einer Verdoppelung der Atommüllmenge. Angesichts der damit verbunden Risiken sei der Konsens nur unverantwortlicher Nonsens.

## Gesundheitswoche mit einer Prise Rassismus?

Als Projekt zur Förderung sogenannter komplementärer Medizin zeigte sich das Celler Projekt "KeimCelle Zukunft" von Beginn an offen für Obskurantismus und Esoterik jeglicher Art. Wie problematisch diese "Offenheit" werden kann, zeigt ein Vortrag in der "1. Celler Gesundheitswoche". Wilma Castrian hielt einen Vortrag über "Psycho-Physiognomik", Untertitel: "Praktische Menschenkenntnis aufgrund äußerlicher Merkmale". Die Pseudowissenschaft der Physiognomik (Gesichtsausdruckskunde) ist heute eine der vielen, sich zunehmender Beliebtheit erfreuender Verrücktheiten, mit denen sich die Eso-Szene ihre Leiden zu erklären versucht. Dass diese "Lehre" nicht unbedeutend zur Entstehung des modernen Rassismus beitrug, wird dabei historisiert und ihre Bedeutung für aktuelle rassistische Diskurse geleugnet.

Johann Kasper Lavater (1741-1801), der Begründer der "Pysiognomik" war davon überzeugt, dass man von der äußeren Erscheinung eines Menschen auf sein Inneres schließen könne. So setzte er Schönheit und Häßlichkeit in der äußeren Erscheinung mit Güte und Bosheit des Charakters gleich. Auf dieser Basis versuchte er auch, eine Physiognomik der Völker zu erstellen. In ihrer weiteren Entwicklung

hatte die Physiognomik einen nicht unbedeutenden Anteil daran, dass Menschen nach ihrer äußeren Erscheinung eingeschätzt, Rassen konstruiert und ihnen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben wurden, kurz: an der Entstehung des modernen Rassismus. Heute geht es den Freunden der Interpretation langer und kurzer Nasen, großer und kleiner Ohren in ihren Seminaren wie allen Esoterikern um "Lebensqualität" und "innere Harmonie". Leider wissen wir, dass die Konstruktion des Anderen und Fremden mit Vorliebe über Äußerlichkeiten läuft und dass die so Konstruierten die Befindlichkeiten deutscher Seelen bis heute reizen. Und wenn Bachblüten nicht mehr helfen ...

## Mal "Niemand" wählen

Die Celler Wählerinnen und Wähler haben diesmal Glück, denn ihnen ist es möglich, zur Wahl zu gehen und trotzdem "Niemand" zu wählen. Denn bekanntlich hält Niemand, was er verspricht. Und für manche ist ja schon die Art der Versprechen nicht gerade verlo-



ckend, Schroiber oder Fischerwelle zu wählen. Als Einzelbewerber für die "Liste Niemand" tritt im Wahlbereich Celle-Uelzen der Landwirt und AKW-Gegner Henner Schlichting aus Bad Bevensen an. Für manch eineN revista-LeserIn ist dies vielleicht mal ein Angebot, das Wahllokal ihres Bezirks aufzusuchen bzw. überhaupt erstmal zu suchen. Denn wir kennen Niemand ja als echten Aktivisten: "Hat wieder Niemand Kaffee gekauft." "Hier putzt wohl wirklich Niemand das Klo." "Will wieder Niemand außer mir ..." (mehr unter [www.wahlquark.de.vu](http://www.wahlquark.de.vu))

## GAU für Ostumgehungsplaner

Die Ostumgehungsplaner haben eine schwere Niederlage einstecken müssen, denn: Die von ihnen favorisierte Trassenführung direkt durch das Naherholungsgebiet Dammaschwiesen ist gescheitert. Nachdem die Bezirksregierung wohl signalisierte, dass sie die Allerniederung nicht zum Spaß als "Fauna-Flora-Habitat" ausgewiesen habe und die Obere Naturschutzbehörde die Erhaltungsziele definiert hatte, gestanden die Verkehrsplaner im Juni ein, dass sie Alternativen ins Auge fassen müssen. Die Trassenführung soll jetzt weiter im Osten verlaufen. Aber auch das wäre ein verrückter Eingriff in die Landschaft. Annegret Pfützner vom BUND sieht von der neuen Variante das FFH-Gebiet von Lutter und Lachte betroffen. Der größte betroffene Grundbesitzer, ein Landwirt aus Altenhagen, hat angekündigt, den Klageweg zu beschreiten. Damit müsste das gesamte Planfeststellungsverfahren neu aufgerollt werden. Die Ostumgehung wäre wieder für einige Jahre auf Eis gelegt. - Die OstumgehungsgegnerInnen gründeten Anfang August einen Verein "Im Interesse Aller" mit Willy Wiesatty als Vorsitzenden.

## Proteste gegen Ostumgehung

Unabhängig von der geänderten Trassenführung protestierten GegnerInnen der geplanten Ostumgehung gegen den Bau der Schnellstraße. Aus Anlass des Besuchs der Jury des europäischen Blumenwettbewerbs "Entente Florale" protestierte eine Gruppe "Bündnis für Natur und Umwelt", es wurde den

Jurymitgliedern, als sie bei Thaers Garten einen Baum pflanzen, ein Offener Brief überreicht. Celles "florales Engagement" wurde darin angesichts des Zerstörungspotentials der Ostumgehung mit den Anstrengungen Fürst Potemkins verglichen. Die offiziellen Reden wurden durch vom Band abgespielten Verkehrslärm gestört. Zwischen zwei Eichen hing ein Transparent mit der Aufschrift "Ostumgehung verhindern!", unter dem



sie bei ihrem Weg zum Kräutergarten durch mussten.

OstumgehungsgegnerInnen der Bürgerinitiative "Im Interesse ALLER" nutzen den Wahlkampfbesuch von Bundesverkehrsminister Bodewig für Proteste auf dem Kleinen Plan. Mit einem Transparent und Zwischenrufen wurde der SPD-Minister gestört, ihm wurde ein Fragenkatalog vorgelegt. Bodewig und der Celler Bundestagsabgeordnete und Verteidigungsminister Struck sprachen sich für den Bau der Ostumgehung aus.

## Gutachten für Zusammenlegung

Die Stadt Celle soll ihr Jugend- und Sozialamt sowie die Trägerschaft für die weiterführenden Schulen an den Landkreis abgeben. Das schlägt die von der Stadt beauftragte Hannoversche Consulting-Firma Diekwisch in einem Gutachten vor. Die Stadt könne so einen Betrag in Millionenhöhe sparen und ihren Haushalt konsolidieren. OStD Biermann, der das Gutachten der Öffentlichkeit präsentierte, noch bevor es den Ratsmitgliedern zugestellt war, sah sich in seiner Auffassung bestätigt.

Die CDU-Fraktionsvorsitzenden in Kreistag und Stadtrat, Müller und Peters, reagierten in ersten Stellungnahmen eher positiv auf die Ergebnisse des Gutachtens. Landrat Wiswe gab zu bedenken, dass eine Verlagerung der Kosten von der Stadt auf den Landkreis allein keinen Sinn mache. Zur Frage, welchen Synergie-Effekt die Zusammenlegung letztlich wirklich ergeben könnte, äußerte sich zunächst niemand. Für Biermann bestünde ein weiterer Effekt darin, die Sozialdezernentin Maier-Knapp-Herbst aus seiner Dezernentenrunde los zu sein - denn die dürfte bei Umsetzung der Pläne wohl in Pension geschickt werden.

## Fast 1000 Jugendliche noch auf Lehrstellensuche

Nach Angaben des Celler DGB waren Ende Juli noch 932 Jugendliche im Arbeitsamtsbezirk auf Lehrstellensuche. Insgesamt waren 2446 Stellen bei insgesamt 2950 Suchenden angeboten worden. Aktuell gibt es noch 373 unbesetzte Stellen, zumeist in weniger fragten handwerklichen Berufen. So müssen wieder viele in die Warteschleifen berufsvorbereitender Maßnahmen. Der DGB forderte, dass Betriebe, die nicht ausbilden, Gelder zur Schaffung überbetriebliche Ausbildungszentren zahlen sollten.

## Mieter gegen WBG-Verkauf

Stellvertretend für die rund 7000 in Wohnungen der Celler Wohnungsbaugesellschaft (WBG) Lebenden übergab Margot Timmler im August dem Stadtratsvorsitzenden Friedrich Schulze (CDU) einen von 820 Mietern unterschriebenen Protestbrief gegen die Überlegungen seitens der Verwaltungsspitze, die WBG zu privatisieren.



# Pressemitteilung: Hausdurchsuchung in Lüneburg



Am Dienstag, dem 16. Juli 2002 fand in Lüneburg eine erneute Hausdurchsuchung bei Olaf Meyer, Mitglied der Antifaschistischen Aktion Lüneburg / Uelzen und der Kurdistan Solidarität Uelzen, statt.

Als Grund für die Durchsuchung wurde ein Ermittlungsverfahren wegen eines angeblichen

Verstosses gegen das Vereinsgesetz (PKK-Verbot) genannt. Die Polizei war auf der Suche nach einem Transparent, auf dem das Symbol der verbotenen kurdischen Befreiungsfront (ERNK) abgebildet gewesen sein soll.

## Zum Hintergrund:

Das Ermittlungsverfahren bezieht sich auf die Veranstaltung "Verboten ist, den Frieden zu verbieten! 8 Jahre PKK-Verbot sind genug!" vom 20. Februar 2002 im Bunten Haus in Celle. Mit dieser öffentlichen Veranstaltung sollte die Notwendigkeit aufgezeigt werden, die Repressionen gegen kurdische Organisationen und Politikerinnen und Politiker zu beenden. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der Unabhängigen Antifa Celle (UAC) und der Kurdistan Solidarität Uelzen organisiert. Als Referent/in traten Monika Morres von AZADI - Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden e.V. (Köln) und Olaf Meyer von der Kurdistan Solidarität Uelzen auf.

Die Hintergründe und Auswirkungen des PKK-Verbotes, die Bilanz der Repressionen gegen Kurdinnen und Kurden und die Folgen des Verbotes für die Demokratie in Deutschland sind anschaulich thematisiert und diskutiert worden. Außerdem wurde über einen damals in Celle laufenden Prozess gegen einen mutmaßlichen PKK-Funktionär berichtet. Während der Veranstaltung ist dabei auch ein Transparent mit der Aufschrift "Weg mit dem Verbot der PKK! Der kurdische Befreiungskampf lässt sich nicht verbieten!" aufgehängt worden, welches nun zum Vorwand für die aktuelle Hausdurchsuchung herangezogen wurde. Auf dem Transparent war zwar ein Symbol der ERNK abgebildet, dieses ist jedoch deutlich überklebt gewesen: Der 60 x 21 cm große Aufkleber trug die Aufschrift: "Zur Zeit verboten".

Nach der Veranstaltung im Bunten Haus schlugen in Celle die emotionalen Wellen hoch. Der Celler Polizeichef Gerd Schomburg behauptete in der Celler Zeitung, dass sich im Bunten Haus "Staats- und Verfassungsfeinde" und "linke und ausländische Extremisten" getroffen hätten.

## Das Verbot der PKK ist das Verbot des Friedens

Vor drei Jahren hat die PKK, die seit dem 26. November 1993 in der BRD verboten ist, ihren bewaffneten Kampf eingestellt und sich vom Territorium der Türkei zurückgezogen. Sie vollzog eine grundlegende Umstrukturierung und entwickelte ein umfangreiches Projekt zur Demokratisierung der Türkei mit dem Ziel, eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konfliktes zu erreichen. Trotz vielfältiger Provokationen setzte die PKK seither ihren auf Gewalt verzichtenden Kurs konsequent um. Bereits Mitte Februar hatte sie weitere Entwicklungen in Richtung einer Umwandlung der Organisation angekündigt. Am 4. April wurden auf ihrem 8. Parteikongress die Einstellung jeglicher Aktivitäten unter diesem Namen und eine Neustrukturierung der Partei beschlossen. Künftig wird der Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (KADEK) als politische Bewegung alle Organisationen unterstützen, die die kurdische Frage innerhalb der Grenzen "in allen Teilen Kurdistans" demokratisch lösen wollen.

Die Absicht der Behörden, ihre Strafverfolgungspraxis unabhängig von den weitreichenden Veränderungen und den ernsthaften Bemühungen der kurdischen Organisation um politische Lösungen und demokratische Entwicklungen fortzusetzen, verdeutlicht auch das aktuelle Ermittlungsverfahren gegen Olaf Meyer. Mit der Hausdurchsuchung und dem Ermittlungsverfahren soll die Solidaritätsarbeit für die kurdische Freiheitsbewegung angegriffen werden.

Nach der Durchsuchung erklärte Olaf Meyer u.a., "dass die Zeit überreif ist für eine Anerkennung der umfassenden und einseitigen Vorleistungen, die die PKK in den letzten Jahren erbracht hat. Die Verfolgung politischer Aktivitäten der kurdischen Bewegung und die Verhaftungen kurdischer Politiker müssen ein Ende haben". Er forderte deshalb eine "Einstellung aller politischen Verfahren und die Freilassung von Kurdinnen und Kurden, die sich wegen ihrer politischen Betätigung in bundesdeutschen Gefängnissen befinden". Außerdem kündigte er an, "auch weiterhin solidarisch an der Seite der kurdischen Freiheits- und Friedensbewegung und ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu stehen".

Wir fordern die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Olaf Meyer und die Beendigung der seit Jahren andauernden Kriminalisierungskampagne gegen ihn.

Lüneburg, 2002-07-17

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

# Abgeschoben ins Elend

80 Prozent der zirka 2.000 Tschetschenen in Deutschland sollen in den nächsten Monaten abgeschoben werden, da die meisten Asylanträge von deutschen Behörden als "unbegründet" abgewiesen werden. Doch laut amnesty international kann die Sicherheit von tschetschenischen Asylbewerbern in der Russischen Föderation nicht garantiert werden. Bei wiederholten Übergriffen der russischen Sicherheitskräfte in Städten und Dörfern in ganz Tschetschenien seien immer wieder Zivilisten Opfer von Misshandlung und Folter geworden. Ulrike Hinrichs, Tilman Billing und Dietmar Schumann über den Terror in Tschetschenien und die Ignoranz deutscher Behörden - bearbeitet für ZDFonline.

Zarina hat Angst abgeschoben zu werden. Vor einem Jahr floh sie mit ihrer Familie von Tschetschenien nach Deutschland. Zur Schule geht sie in Hermannsburg bei Celle. Ihre Mitschüler können nicht begreifen, dass sie zurück muss in ihre Heimat, wo seit Jahren Krieg, Terror und Gegenterror herrschen.

Zarinas Schulkameraden haben Unterschriften gesammelt. Die ganze Schule hat unterschrieben. Die Beamten nehmen den Protestbrief der Kinder entgegen. Eher hilflos versuchen die beiden Beamten zu trösten. Eckhard Ferg, Leiter Ordnungsamt Celle: "Heute in der Welt ist die Post überall, es gibt vielleicht auch Telefon und Handy. Es ist manchmal nicht ganz einfach und hört sich vielleicht idealistisch an, aber wenn alle das wollen, dann denke ich, ist auch Kontakt ohne - ich sag mal - Staat möglich."

## Krieg in Grosny

Kontakt mit Tschetschenien per Handy - blanker Zynismus. In Grosny, der Heimatstadt Zarinas, herrscht schon seit Jahren Krieg - auch gegen die Zivilbevölkerung. Schwer bewaffnet rücken russische Soldaten jeden Tag aus. Moskau erlaubt keine internationalen Beobachter. Das ganze Ausmaß der Verbrechen bleibt verborgen. Und dorthin wollen deut-

sche Behörden Zarina und ihre Familie zurückschicken.

Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlinge berichten von Plünderungen, ethnischen Säuberungen, Vergewaltigungen und Folter. Nach Angaben von amnesty international werden Tschetschenen an den Kontrollpunkten der russischen Armee nahezu täglich drangsaliert und misshandelt. Allein im letzten Jahr sind über 800 tschetschenische Männer verschwunden. Auch das deutsche Außenministerium hält die Lage in Tschetschenien für äußerst besorgniserregend. In einem vertraulichen Bericht von Anfang Mai, der Frontal21 vorliegt, heißt es, dass systematisch gefoltert wird, es weitere massive Menschenrechtsverletzungen gibt und es zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung kommt.

## Die Ängste bleiben

Zurück in Deutschland. Mittagessen bei Familie Musaev. Zarinas kleiner Bruder Anzor fängt jedes Mal an zu zittern, wenn ein Flugzeug über das Haus fliegt, erzählt die Mutter. Anzor weint dann und hat Angst, dass sie wiederkommen, die Bomber der Russen. Die Erinnerungen sind noch sehr lebendig.

Roza Musaev: "Wir hatten nichts zu essen, nur Wasser und Mehl, die Kinder waren alle schwer krank. Wir wussten nicht, was wir mit unserem Sohn tun sollten, als wir aus der Stadt flohen. Ich hatte den sterbenskranken Jungen in den Armen, außerdem noch meine verwundete Tochter. Das alles mussten wir durchmachen."

## Die Narben auch

Die zwölfjährige Zarina wurde am Bein von Granatsplittern getroffen, als sie wegrannte. Sie schämt sich, uns die Narben zu zeigen. Zarina Musaev: "Die Soldaten kamen, dann mussten wir und unsere Nachbarn alle weg. Als wir weg mussten, da kamen die Flugzeuge und die Soldaten, dann haben die irgendwie mit Bomben irgendwas gemacht. Ich weiß ganz genau nicht. Dann habe ich dadurch mein Bein verletzt."

Eine Mahnwache vor dem Kreistag in Celle: Organisiert hat sie Pfarrer Bartmuss, er will in letzter Sekunde noch verhindern, dass Zarina und ihre Familie abgeschoben werden. Ihre Chancen stehen schlecht, das zuständige Bundesamt hat den Asylantrag als unbegründet abgelehnt.



## Andere Fluchtmöglichkeiten?

Zweimal zogen sie dagegen schon vor Gericht - auch das ohne Erfolg. In dem Asylbescheid des Bundesamtes hingegen klingt alles ganz einfach: Wenn die Familie nicht nach Tschetschenien zurück wolle, blieben ja noch genügend andere Fluchtmöglichkeiten.

Albert Schmid, Präsident Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge: "Wir kommen im Übrigen zu dem Ergebnis, dass für die meisten eben doch eine sogenannte inländische Fluchtalternative in der riesengroßen russischen Föderation besteht, in vielen Räumen eben dieser russischen Föderation."

Als eine solche Alternative empfiehlt seine Behörde ausgerechnet Inguschetien. Doch die Flüchtlingslager in Inguschetien sind überfüllt, die Lage ist katastrophal. In den Zelten ist es bitter kalt. Kranke bleiben unversorgt. Die Flüchtlinge haben kaum etwas zu essen und selten Gas zum Kochen. Solche Lager kennen Zarina und ihre Familie schon. Dort mussten sie campieren vor ihrer Flucht nach Deutschland.

Diejenigen, die hier neu ankommen, werden in einstige Kuhställe eingepfercht. Flüchtlinge, behandelt wie Vieh. Die tschetschenische Bauernfamilie Rosa und Mairbek Arzujew

und ihre fünf Kinder wurden Ende letzten Jahres Zeugen russischer Übergriffe. Rosa Arzujewa: "Sie waren wie die Tiere. Eine Nachbarin haben sie getroffen - in den Bauch. Vorn ging die Kugel rein, im Rücken wieder raus und verletzte auch noch ein dahinter stehendes Kind."

## Verfolgung, Prügel, Tod

Die Lage für Tschetschenen in Russland verschlechtert sich von Tag zu Tag, sagen neueste Berichte der wichtigsten russischen Menschenrechtsorganisation Memorial. Schon in Moskau würden Tschetschenen abgefangen und verschleppt. Memorial warnt eindringlich davor, Tschetschenen in die russische Föderation abzuschieben. Tatjana Kasatkina, Memorial: "Hier erwarten die Menschen Verfolgung, Prügel und auch den Tod, man wird sie hier nicht in Ruhe lassen. Und die Regierungen im Westen sollten wissen, in welche Falle sie diese Menschen treiben."

Trotz aller Warnungen bleiben die deutschen Behörden hart. 80 Prozent der gerade mal 2.000 Tschetschenen in Deutschland sollen in den nächsten Monaten abgeschoben werden. Noch kann Zarina im Kreise ihrer Freundinnen ihre schmerzhaften Erinnerungen für kurze Zeit vergessen - morgen kann sie schon weg sein.

---

Dokumentation - Junge Welt, 26.06.2002

# Von Abschiebung bedroht: Zurück in Folter und Haft?

Junge Welt sprach mit Süleyman Bulut. Er lebt im niedersächsischen Celle. 1992 floh er mit seiner Familie aus dem türkischen Teil Kurdistans nach Deutschland, um Schutz und politisches Asyl zu finden. Derzeit liegt dem niedersächsischen Landtag eine Petition vor, die seine Abschiebung verhindern soll. Sein Heimatdorf nahe der irakischen Grenze existiert nicht mehr.

### F: Was waren die Gründe für Ihre Flucht?

Mein Vater wurde mehrfach verschleppt und gefoltert. Man verbot uns, Kurdisch zu sprechen. Sprach dennoch jemand in der Öffentlichkeit Kurdisch, kam er ins Gefängnis und wurde misshandelt.

### F: Die türkische Militärpolizei setzte Ihren Vater unter Druck, Dorfschützer zu werden.

Dorfschützer sind Kurden, die vom türkischen Militär eingesetzt wurden, um gegen die PKK, die kurdische Guerilla, zu kämpfen. Praktisch wurden sie als Schutzschilde eingesetzt und zuerst in die Berge geschickt, um gegen die eigenen Leute zu kämpfen.

### F: Was sind Ihre Erinnerungen an die Türkei?

Ich habe dort keine guten Zeiten erlebt. Es war ein täglicher Kampf ums Überleben. Wir hatten dauernd Angst, und meine Eltern haben sehr gelitten. Zum Beispiel wurden die Männer des Dorfes zur Annahme des Dorfschützeramtes erpresst, indem die Soldaten alle Mädchen und Frauen zwangen, sich nackt auszuziehen und damit drohten, alle zu vergewaltigen.

### F: Sie selbst waren noch ein kleines Kind. An was erinnern Sie sich?

Eines Tages kamen Soldaten, um meinen Vater zu holen. Ich spielte gerade draußen. Sie fragten mich, wo mein Vater ist, doch ich wusste es nicht. Also verprügelten sie mich. Ich konnte weglaufen und flüchtete mich eine Treppe am Haus hinauf. Sie kamen mir hinterher und stellten mich auf der Dachterrasse. Sie schlugen mich weiter und stießen mich drei

Meter tief. Ich stürzte auf meinen Arm, der brach. Im Krankenhaus wurde mir nicht geholfen. Der Zustand des Arms wurde eher schlimmer als besser. Heute kann ich ihn nicht mehr strecken und einsetzen.

**F: Seit zehn Jahren leben Sie in Niedersachsen. Wie ist das Leben hier im Vergleich mit der Türkei?**

Verglichen mit der Türkei ist Deutschland ein Paradies. Wir fanden hier schnell Freunde, man kann zur Schule gehen und hat alle Möglichkeiten. Hier ist es sicher, und man braucht keine Angst zu haben. Aber wir sind hier nur geduldet, das heißt, dass wir jederzeit abgeschoben werden können.

**F: Sie haben nur einen sehr beschränkten Duldungsstatus.**

Ja, mein Vater und ich dürfen hier keiner normalen Arbeit nachgehen. Er arbeitet seit sieben Jahren für die Gemeinde für einen Euro die Stunde. Ich habe meine Schule beendet und will eine Ausbildung machen, doch weil wir immer nur für drei Monate geduldet sind, wird mir das nicht erlaubt.

**F: Vor kurzen erhielten Sie vom Oberverwaltungsgericht Bescheid, dass Ihr Asylfolgeantrag abgelehnt wurde.**

Ja. Wir können jetzt jederzeit abgeschoben werden.

**F: Das Gericht meint, eine Verfolgung in der Westtürkei sei unwahrscheinlich.**

Das ist Quatsch. Wenn wir abgeschoben werden, wird mein Vater sofort verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Mein jüngerer Bruder und ich würden wahrscheinlich zum Wehrdienst eingezogen. Unsere jüngeren Geschwister werden ohne Sprachkenntnisse nicht dem Schulunterricht folgen können.

**F: Andere Familien aus Ihrem Heimatdorf sind längst als politische Flüchtlinge anerkannt. Warum nicht Sie?**

Unser Anwalt vertrat uns schlecht. Wir lieferten ihm Nachweise, doch er versäumte es, sie einzureichen. Er ließ uns ständig im Glauben, er würde alles Nötige unternehmen, doch tatsächlich blieb er untätig.

**F: Können Sie sich trotz drohender Abschiebung eine Zukunft vorstellen?**

Eine Zukunft in der Türkei kann sich keiner von uns vorstellen. Meine Geschwister haben Angst. Ich plante hier eine Ausbildung zum Bankkaufmann zu machen und eine Familie zu gründen. Doch jetzt droht die Abschiebung - ich weiß nicht mehr weiter.

**F: Gibt es trotzdem Hoffnung?**

Es gibt hier viele Menschen, die uns unterstützen. So wurde zum Beispiel eine Petition an den niedersächsischen Landtag geschickt. Wir werden sehen, was daraus wird.

Interview: Maxim Rose

---

# Geschichtswerkstatt Auf den Spuren von Celler Opfern des NS

Der Alltag der Menschen im Nationalsozialismus, die Machtstrukturen des Regimes und dessen Herrschaftsmechanismen sind inzwischen recht gut erforscht. Weniger bekannt sind die Schicksale von politischen GegnerInnen oder der Opfer der NS-Rassen- und Gesundheitspolitik. Hierzu standen auf lokaler Ebene meist nur wenige Unterlagen zur Verfügung. Das Niedersächsische Hauptstaatsarchiv hat zuletzt aber die nach 1945 entstandenen Wiedergutmachungsakten erschlossen, deren Zahl sich allein in Niedersachsen auf über 110.000 beläuft. Diese Einzelfallakten im Kontext der Bundesentschädigungsgesetze von 1953 und 1956 belegen äußerst umfangreich und detailliert die Schicksale der in der NS-Zeit verfolgten Menschen und geben Aufschluss über den Umgang mit den Opfern jener Diktatur in der Bundesrepublik Deutschland.

Das "Archiv für neue soziale Bewegung" schlägt die Gründung einer "Geschichtswerkstatt" vor, deren erstes Projekt dann die lokale Erschließung und Auswertung der Wiedergutmachungsakten von NS-Opfern aus Celle wäre. Mitarbeiten kann jedeR Interessierte. Ein erstes Treffen findet statt am Dienstag, den 17. September, um 19 Uhr, im Bunten Haus.



# Auch junge Generation steht zu Regeln der Gemeinschaft

Rund 70 KurdInnen und "Geburtsdeutsche" besuchten im August die Veranstaltung des "AK Ausländer" zum Verhältnis von ezidischen Kurden und deutscher Mehrheitsgesellschaft. Die beiden Berliner Sozialwissenschaftler Eva Savelsberg und Siamend Hajo stellten die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung mit dem Titel "Wir besuchen sie nicht, und sie besuchen uns nicht" vor. Vor zwei Jahren hatten die beiden Sozialwissenschaftler 13 Interviews mit in Celle lebenden kurdischen Eziden durchgeführt. Ein Ergebnis der Untersuchung war, dass die Befragten - alle im Alter zwischen 29 und 60 - kaum private Kontakte zu Menschen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft haben. Als Begründungen waren zum einen Ausgrenzungs- und Rassismuserfahrungen genannt worden, zum andern aber auch die Furcht vor Assimilation dem Verlust der ezidischen Lebensgemeinschaft.

Aus der spezifischen Erfahrung als verfolgte und vom Genozid bedrohte Minderheit in der Türkei hätten die Eziden in Deutschland konsequent an dem für die Religion zentralen Gebot der inner-ezidischen Heirat festgehalten. Eziden dürfen nur Eziden heiraten, sonst werden sie aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dies mag dazu beitragen, dass die Celler Eziden sich lange nach außen extrem abgeschottet haben und aus Sicht der deutschen Mehrheitsgesellschaft nach innen sehr homogen erscheinen.

Da die Grenzen zwischen freiwilliger "Eheanbahnung" und Druck fließend sind und zu vielen Konflikten führen, bestimmte die Frage der Eheregel die Diskussion. Durchgängig alle ezidischen Diskussionsbeiträge, egal aus welcher Generation und geschlechterunabhängig, verteidigten ihre Lebensgemeinschaft und warben um Verständnis. Die VertreterInnen der jüngeren Generation traten dafür ein, den Charakter der Religionsgemeinschaft stärker zu formalisieren (z.B. durch Religionsunterricht), was dann langfristig zu einem anderen Umgang mit jenen führen könne, die gegen die Heiratsregel verstoßen. Von mehreren jungen ezidischen Frauen wurde betont, dass es für sie selbstverständlich sei, nur einen ezidischen Partner zu heiraten. Dass sich unterschiedliche Generationen und gerade auch viele junge Frauen zu den

Perspektiven der Eziden in Celle äußerten, kann als Beleg für das gewachsene Selbstbewusstsein der größten Migrantengruppe in Celle gesehen werden.

Manche der anwesenden Kurdinnen und Kurden fühlten sich aber von den vorgetragenen Ergebnissen der Untersuchung als "rückschrittlich" und "nicht integrationswillig" angegriffen, und verwiesen auf gegenläufige Tendenzen. Siamend Hajo meinte dagegen, dass es nicht sinn-voll sei, vorhandene Probleme zu leugnen. Gleichzeitig traten die beiden für die "Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie" tätigen Wissenschaftler aber für eine Relativierung der "deutschen Sicht" ein. Die geringe

Intensität des Kontaktes zwischen Migranten und Alteingesessenen sei immer von verschiedenen Faktoren abhängig und könne nie allein den Migranten angelastet werden. Zudem gaben sie zu bedenken, dass die Bedeutung der Großfamilien in der ezidischen Kultur eine andere Kommunikationsstruktur bedinge. Wer viel Zeit in und für seine Familie aufbringe, habe notgedrungen weniger Zeit für Kontakte außerhalb der Familie und auch weniger Bedarf daran. Auch mache die deutsche Mehrheitsgesellschaft bekanntermaßen kein Problem daraus, dass Akademikerinnen in der Regel Akademiker heiraten würden und Arbeiter in der Regeln Arbeiterinnen. Das Maß an gemeinsamen Interessen und Bedürfnissen sei für Partnerschaften entscheidend. Das gelte auch für religiöse

Bezüge, wobei die Freiwilligkeit selbstverständlich die Basis sein sollte.



Wer sich für den Aufsatz von Siamend Hajo und Eva Savelsberg - "Wir besuchen sie nicht und sie besuchen uns nicht." Yezidische Kurden in Celle: eine qualitative Untersuchung - interessiert, findet ihn in: Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000; hg. von Rainer Schulze zusammen mit Reinhard Rohde und Rainer Voss. Osnabrück 2001, S. 229-255. Das Buch gibt's in der Stadtbibliothek in der Celle-Abteilung.

Der Feind steht immer rechts. Und es ist besser Du kennst ihn ...

# Ein Blick auf die Achse des Guten

Am sechsten Oktober 2002 wird der spanische Priester Josemaria Escriva (1902 - 1975) vom Papst in Rom für heilig erklärt werden; und damit gewissermaßen schon zum zweiten Mal nach seinem Tod befördert werden, denn für selig hat die römische Administration ihn schon 1982 erachtet.

Die katholische Kirche - das ist zum einen die Vereinigung aller Katholiken. Zum anderen der wohl mit Abstand älteste Machtapparat auf diesem Planeten - und vielleicht auch der meistunterschätzte, wenn mensch erleben muss, dass sogar in linken Publikationen (AK) ein Besuch des Papstes bei Kubas Fidel als ein Treffen der beiden "letzten großen Antikapitalisten" apostrophiert wurde.

Für heilig befundene Menschen können und sollen von den rechtgläubigen Katholiken dieser Welt angebetet und um Rat gefragt werden - um von den Leuten aus Südamerika bis Indonesien, vom Nordkap bis Kapstadt aber als so wertvoll angesehen zu werden, musste so manche heilige Seele einige Jahrhunderte lang warten. Wer ist Escriva, dass seine Ernennung in so beeindruckender Rekordzeit geschehen konnte? Nun, Escriva hat 1958 einen Orden gegründet, das Opus Dei (zuweilen auch lustig als `sancta mafia` bezeichnet). Die Mitgliederzahl wird mit 80.000 angegeben (es gibt auch assoziierte Mitgliedschaften, welche besonders unter den "Eliten" geworben werden sollen), davon 10 - 12.000 "gelernte" Priester; der Rest also sind Laien, das bedeutet, es sind Menschen im ganz gewöhnlichen, alltäglichen Leben, in normalen Berufen und sie sind als Ordensmitglieder nach außen auch nicht zu erkennen; offenbar weisen diese Mitglieder durchweg eine gute Ausbildung und eine urbane Lebensweise auf - es gibt in einigen Großstädten Wohngemeinschaften ("Glaubenszentren"). Der Orden hat heute den Status einer "Personalprälatur", damit ist er der bischöflichen Rechtssprechung übergeordnet, salopp formuliert: in Glaubensdingen unmittelbar dem Chef unterstellt; bei der relativ geringen Mitgliederstärke ist auch die lokale Einbindung in die Administration beachtlich: während Katholiken gewöhnlich einem Bistum angehören - Kardinal Lehman in seiner Diözese Köln betreut immerhin 2,3 Millionen Katholiken - ist der Geltungsbereich des Opus schlicht die ganze Welt!

Über die Politik des O.D. ist konkret nur wenig zu erfahren. Immerhin: der Vatikan verfügt aus den mit dem faschistischen Italien 1929 ausgehandelten Lateranverträge über ein immenses Erbe; Verwicklungen in den Skandal um die banco

ambrosiano (die das Somoza-Regime finanzierte), den versuchten Sturz Hugo Chavez' in diesem Frühjahr konnten nie nachgewiesen werden - eigentlich ein wunderbarer Fundus für Verschwörungstheorien.

Aber das darf nicht täuschen, wenn moderne Menschen des dritten Jahrtausends, wohlausgebildet und in einflussreicher Position, freimütig zugeben, sich privatim oder in der Kontrolle der Orden - tlichen (sic!) WG Kasteiungen, wie die 24-stündige Einschneidung des Fleisches durch Drahtumwicklungen, antun, dann ist hier eine Geisteshaltung fundamentalistischster Ausprägung am Werke; Mitglieder des Ordens unterwerfen sich dem Verzicht auf eine Ehe, teilweise ist ihnen verboten ein eigenes Konto zu führen und Alleinstehende müssen ihre ganze Habe nach dem Tod dem Orden - und nicht etwa der Mutter Kirche! - vermachen. Wenn dieser kleine und obskure Orden in der privilegiertesten Nähe zu Macht und Geld steht, dann ist das Ergebnis knallharte Politik (schon vergessen, dass der "bible belt" G.W. Bush zum Präsidenten gemacht hat ?), rund die Hälfte der 120 Kardinäle, die den nächsten Papst wählen werden, sollen dem O.D. nahe stehen.

Wohlverstanden: wenn ein mensch seine religio - den Glauben, an Gott zu glauben - gefunden oder seine confessio - diese innere Einstellung an eine Organisation quasi abgetreten - hat, dann ist das eine Sache, die hier nicht diskutiert wird. Hier geht's um Macht, um Einfluss im Verborgenen. Wer weiß denn schon, welchen Einfluss päpstliche Enzykliken weltweit wirklich haben?

Eine Kommission der römischen Kurie mit dem wohlklingenden Namen "Frieden und Gerechtigkeit" wird z. B. geleitet nicht etwa von einer/m ausgewiesenen Sozialwissenschaftler/In oder einer bekannten Persönlichkeit aus Philosophie oder Friedensforschung, sondern von Michael Camdessus, dem - ach ja - ehemaligen Chef des Weltwährungsfonds. Es ist wohl an der Zeit aufzuhören, über die hunderttausend Jugendlichen zu lächeln, die dem Papst letztes in Kanada zujubelten, dessen "Firma" verfügt über unermessliche Finanzmittel, internationale Verbindungen, zunehmenden Einfluss in Medienkreisen und eine verdeckte, international agierende Geheimorganisation, dessen Gründer - der selige Escriva - Ende der 1930er Jahre mit folgendem 'Pragmatismus' aufwartete: "Hitler führt Krieg gegen die Slawen [=Russen] und die Juden - nun gut, so bekämpft er den Kommunismus für uns."

Gepunkt





# Kündigung wegen Nazi-Vergleich

Der langjährige pädagogischen Leiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen und bündnisgrüne Kommunalpolitiker Julius Krizsan darf in Belsen keine Führungen mehr machen. Seit seiner Pensionierung im Mai hatte Krizsan auf Honorarbasis weitere Gruppen über die Gedenkstätte geführt. Im Juli kündigte die Nds. Landeszentrale für politische Bildung (NLPB) diesen Vertrag, weil Krizsan Israels Palästina-Politik mit der der Nazis in Polen gleichgesetzt hatte.

Krizsan hatte den Vergleich in Reaktion auf einen Artikel der Europaabgeordneten Ilka Schröder (Vereinigte europäische Linke) benutzt. Diese hatte sich in ihrem Zirkular "Denkpause" gegen den im Frühjahr diskutierten Einsatz deutscher Soldaten in Nahost-Konflikt ausgesprochen und Israels Anti-Terror-Maßnahmen gerechtfertigt. Unter anderem schrieb Krizsan daraufhin der Abgeordneten: "Israel betreibt gegenüber den Palästinensern eine neokolonialistische Besatzungspolitik, die sich seit 1951 an kein Abkommen hält und den Terrorismus durch Selbstmordattentäter noch fördert, indem die Palästinenser seit Jahrzehnten systematisch unterdrückt werden. (...) Die Besatzungspolitik der Israelis unterscheidet sich kaum von der der Nazis in Polen - und ich dachte, die Juden hätten aus ihrer Geschichte gelernt." Ilka Schröder machte diese Aussage auf ihrer Webseite öffentlich und fragte: "Welche Bildungsarbeit wird von der Landeszentrale wohl erst in Hannover geleistet, wenn schon in Bergen-Belsen die Frage aufgeworfen wird, >ob die Israelis nicht schon längst zu Tätern geworden sind<?"

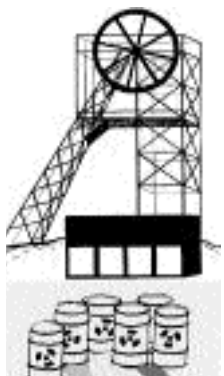
Für NLPB begründete Horst Lahmann die Kündigung des Honorarvertrags damit, dass der von Krizsan benutzte

Vergleich angesichts der 10 Millionen in Polen ermordeten Menschen eine Verharmlosung der Nazi-Verbrechen sei: "Es ist erschütternd, wie ein langjähriger Mitarbeiter der Gedenkstätte Bergen-Belsen in seinen Auffassungen zu diesen Formen der Geschichtsklitterung sowie einer Relativierung und Revision der NS-Verbrechen gegen die jüdische und polnische Bevölkerung kommt."

Schade, dass die Landeszentrale keine Honorarverträge mit Regierungsmitgliedern hat, denn Julius Krizsan ist letztlich dem aufgefressen, was seit vier Jahren von führenden rot-grünen Politikern in Berlin betrieben wird: Intervenierende Außenpolitik mit Auschwitz-Vergleichen zu begründen. Unter anderem darauf hatte Ilka Schröder in dem Artikel hingewiesen: "Die Neuinterpretation der deutschen Geschichte durch die rot-grüne Bundesregierung und ihre zivilgesellschaftlichen Hilfstruppen zeigt also sowohl im deutschen Umgang mit dem Holocaust als auch im Verhältnis Deutschlands zu Israel ihre Ergebnisse. Für den Krieg gegen Jugoslawien als ersten Angriffskrieg der BRD nach der Kapitulation 1945 war Auschwitz schon als positiver Standortfaktor umgedeutet worden. Der Vernichtungsfeldzug der Nazis mahnte von nun an nicht mehr zu deutscher militärischer Enthaltbarkeit, zum Beispiel gegenüber früheren Nazi-Gegnern wie Serbien. Die deutsche Vergangenheit wird statt dessen zum Ansporn, weltweit militärisch aktiv zu werden, um Verletzungen völkischer Menschenrechte der TerroristInnen zu verhindern. Zusätzlich konnte über diese Propaganda die Einzigartigkeit des Holocaust aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden."

---

## Schacht Konrad - Atommüllendlager für Europa?



Peter Dickel hält Atommüll-Tourismus aus ganz Europa nach Salzgitter für möglich. Die Anfang Juni erteilte atomrechtliche Genehmigung für Schacht Konrad kann aber noch durch die von Kommunen und Umweltschützern angekündigten Klagen verhindert werden.

In einem lebhaften Vortrag im Bunten Haus schilderte Peter Dickel von der Arbeitsgemeinschaft Schacht

Konrad Mitte Juni auf Einladung des Celler Forums gegen Atomenergie die 20-jährige Auseinandersetzung um das geplante Atommüllendlager.

Dass der gesamte Produktionskreislauf der Atomenergienutzung vom Gefährdungspotenzial keine Angelegenheit nur der Standorte ist, machte Peter Dickel zunächst am Beispiel des "Versuchs"-Endlagers ASSE II im Kreis Wolfenbüttel deutlich. Seit 1988 gibt es hier eine Tropfstelle, z.Zt. laufen täglich 11 m<sup>3</sup> Lauge unbekannter Herkunft in das Salzbergwerk. Es ist deshalb unter Experten längst nicht mehr die Frage ob, sondern wann die ASSE II

absäuft. Danach werden radioaktive Stoffe über das Grundwasser in die Biosphäre gelangen. "Langfristig über Oker und Aller auch nach Celle", bestätigte der Atomkritiker auf eine Nachfrage.

Die Bedeutung Schacht Konrads für die Atomwirtschaft ergebe sich daraus, dass es wahrscheinlich das erste Endlager in Europa sein wird. Und da es aufgrund europäischen Rechts nicht möglich sei, die Einlagerung auf in Deutschland erzeugte radioaktive Stoffe zu begrenzen, müsse mit strahlendem Abfall aus ganz Europa gerechnet werden.

Die größten Gefahren gehen nach Auffassung Peter Dickels in der Einlagerungsphase von den Transporten und dem Eingangslager aus: "Bei der geplanten Einlagerung von jährlich 25.000 m<sup>3</sup> sind täglich ca. 2 LKWs zu erwarten. Aber Transporte und Lagerhalle werden weder gegen Unfälle noch gegen Anschläge ausreichend geschützt." Obwohl keine hochradioaktiven Stoffe in KONRAD eingelagert werden sollen, sei das radioaktive Potential so groß, dass bei einem

schweren Unfall im Eingangslager die gesamte Umgebung für Jahrzehnt evakuiert werden müsste. Betroffen wäre neben vielen Einwohnern auch das komplette VW-Werk Salzgitter. Vor diesem Hintergrund konnte Dickel von einer einstündigen Arbeitsniederlegung berichten, die es im VW-Werk auf Initiative der IG Metall am 31. Mai 2000 aus Protest gegen die geplante Atomanlage gegeben hatte.

Der sogenannte Atomkonsens legt fest, dass noch die gleiche Menge Atomstrom erzeugt werden kann wie bisher. Peter Dickel kritisierte: "Das ist keine Vereinbarung zum Ausstieg, sondern eine Vereinbarung zum ungestörten Betrieb." Dass auch die Atomwirtschaft dies so sieht, belegte der Referent mit verschiedenen Zitaten, u.a. des Vorsitzenden von RWE. Da es aber keine Möglichkeit gebe, Atommüll langfristig - also über Jahrtausende - sicher zu lagern, sei aus seiner Sicht jede weitere Erzeugung von Atomstrom und damit Atommüll unverantwortlich. Kommunen und Umweltschützer würden deshalb gegen die Anfang Juni erteilte atomrechtliche Genehmigung von Schacht Konrad klagen.

---

## Schulabgänger - aufgepasst: so geht's! Arbeitslosengeld nach Zivildienst?

Schulabgänger haben nach ihrem Zivildienst - nur dann - einen Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn sie sich nach der Schulzeit für mindestens zwei Monate arbeitslos melden und für eine arbeitslosenversicherungspflichtige Tätigkeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Daraus resultiert ein Anspruch auf Arbeitslosengeld für 6 Monate (ca. 700 Euro pro Monat) und im Anschluss daran auf Arbeitslosenhilfe.

Um Arbeitslosengeld erhalten zu können, muss man zuvor eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld erworben haben. In der Regel muss man innerhalb der letzten drei Jahre zwölf Monate lang einer arbeitslosenversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen sein. In der Sonderregelung für Wehr- und Zivildienstpflichtige ist die Anwartschaft schon nach 10 Monaten erreicht.

Dabei ist wichtig, dass Ihr mindestens zwei Monate vor dem Zivildienst die Schulausbildung beendet, also arbeitslos seid und in dieser Zeit - bis unmittelbar vor Dienstbeginn - eine Beschäftigung gesucht habt.

**Fall I: Schulende am 14.06.2002, Arbeitslosmeldung am 15.06.2002, Einberufung am 01.11.2002**

Die Differenz zwischen Schulende und Einberufung beträgt eindeutig über zwei Monate - arbeitslos melden, nach dem Dienst besteht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Wichtig: alle drei Monate erneut arbeitslos melden, hier spätestens der 14.09.02!

Falls der Zeitraum zwischen Schulende und Dienstbeginn weniger als zwei Monate beträgt, besteht der Anspruch auf Arbeitslosengeld nur dann, wenn Ihr unmittelbar vor dem Dienstantritt, bereits als Schüler, mehr als zwei Monate lang einer Beschäftigung mit mehr als 20 Stunden pro Woche und mehr als 320 Euro monatlichem Entgelt nachgegangen seid. Die Schule wird dann zur "Nebenbeschäftigung".

**Fall II: Schulende am 14.06.2002, Einberufung 01.07.2002**

Die Differenz zwischen Schulende und Einberufung beträgt eindeutig unter zwei Monate --- hier besteht ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nur, wenn Ihr mehr als 20 Stunden pro Woche und eine von vorn herein für mehr als zwei Monate vereinbarte Beschäftigung eingegangen seid. Diese Beschäftigung wird dann zum Hauptberuf und der Arbeitgeber muss die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abführen.

Wenn's Probleme oder Fragen gibt: Geht Euren Fall mit der KDV-Beratung im Bunten Haus (jeden Donnerstag zwischen 17 und 19 Uhr) durch!

# Coca Cola in Kolumbien

## Erfrischend tödlich

Coca-Cola ist das meistverkaufte nicht-alkoholische Getränk der Welt. Der weiße Schriftzug auf rotem Grund ist das globale Symbol des American Life Style und stellt die Werte des kapitalistischen Erfolgs dar. Die weltweite Verbreitung von Coca-Cola wurde durch das aggressive Verhalten des Multis ermöglicht. Mit Werbestrategien, die insbesondere Kinder und Jugendliche zu erreichen suchten, und mit einer Geschäftspolitik, welche nicht zögerte, Terror und Verbrechen als Mittel einzusetzen, um die Organisation und Mobilisierung der ArbeiterInnen zu verhindern, verbreitete sich Coca-Cola auf der ganzen Welt und vervielfachte seine Verkäufe und Gewinne.

Widerstand gegen den vom Coca-Cola Konzern geförderten und gedeckten Terror gibt es jetzt ausgehend von dem kolumbianischen Abfüllunternehmen Panamco. Dort wird die Gewerkschaftsarbeit systematisch bekämpft. Einschüchterungen, Entführungen und Morde paramilitärischer Gruppen zwingen die AktivistInnen zur Flucht, Deregulierung von Arbeitsverhältnissen ist die Folge.

Die Gewerkschaft SINALTRAINAL organisiert eine internationale Kampagne, zu der ein Tribunal in Brüssel am 12. Oktober 2002 gehört. ([www.kolumbienkampagne.de](http://www.kolumbienkampagne.de))

**Im Vorfeld dieses Tribunals reisen zwei kolumbianische Gewerkschafter durch Deutschland, um über die Machenschaften des Multis und ihren Kampf zu berichten. Auf Einladung des AK Eine Welt, des Cellar DGB und des Bunten Hauses kommen sie am Dienstag, den 24. September 2002, 19.30 Uhr auch ins Bunte Haus nach Celle.**

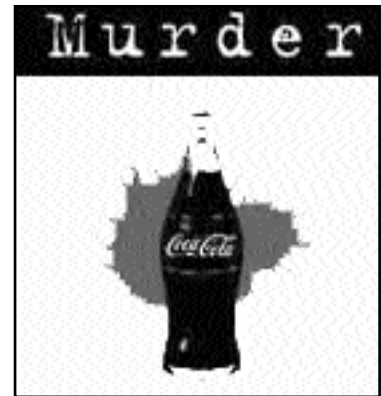
In den Abfüllanlagen der formal von Coca Cola unabhängigen, de facto aber über Kapitalanteile an den US-Konzern gebundenen kolumbianischen Firma Panamco tobt ein regelrechter Krieg gegen die Gewerkschaften. Mehr als 120 Angriffe hat die Ernährungsgewerkschaft SINALTRAINAL seit 1990 protokolliert: Ermordungen, Entführungen, Drohanrufe, inszenierte Terrorismusverfahren. In der von Armee und Paramilitärs besonders streng kontrollierten nordkolumbianischen Region Urabá wurde die Gewerkschaft sogar im wörtlichen Sinne physisch eliminiert. Im Dezember 1996 ermordeten "Unbekannte" den regionalen SINALTRAINAL-Sekretär Isidro Segundo Gil, ein weiterer Funktionär konnte einer Entführung nur knapp entkommen. Das Gewerkschaftsgebäude in der Stadt Carepa wurde in Brand gesetzt, die ArbeiterInnen des Unternehmens von Bewaffneten gezwungen, "bis 4 Uhr nachmittags aus der Gewerkschaft auszutreten".

Und die Situation verschlechtert sich weiter. Der Druck auf jene Coca-Cola-Arbeiter, die noch gewerkschaftlich organisiert sind, wird immer größer. AktivistInnen können ihre Wohnungen nicht mehr ungeschützt verlassen und erhalten r e g e l m ä ß i g Morddrohungen. Die Gewerkschaftsaktionen

von Barrancabermeja und Bucaramanga sind im "inneren Exil". Die GewerkschafterInnen verbringen aus Sicherheitsgründen die meiste Zeit in der Hauptstadt Bogotá.

Mit der Kampagne und der Rundreise der Gewerkschafter geht es nicht darum, Coca Cola als Symbol einer vermeintlichen US-Kultur zu brandmarken. Bei der Politik der transnationalen Unternehmen spielt es keine Rolle, ob sich der jeweilige Firmensitz nun in den USA, Großbritannien, der Schweiz oder in Deutschland befindet. BP, Nestlé oder Mercedes-Benz haben nicht weniger Dreck am Stecken als Coca Cola. Die dramatische Situation in Kolumbien aber macht eine konkrete Solidarität mit den von der Politik des Getränkemultis betroffenen Menschen sinnvoll.

Zudem lässt sich auch übergreifend der gewalttätige Aspekt von Globalisierung am Beispiel Coca Cola-Kolumbien gut aufzeigen. Was die Mächtigen als ganz normalen Fortschritt bezeichnen, bedeutet für die Betroffenen häufig noch mehr Ausbeutung und Terror.



**Zeigt Eure Solidarität, kommt ins Bunte Haus - boykottiert Coca-Cola!**

# Theaterprojekt und Workshop

## Mein Name ist Mensch



Szenische Lesung zu den rassistischen Übergriffen auf Menschen, die vor Verfolgung, Hunger und Elend nach Deutschland flohen.

Mit einem Theaterprojekt will das Bunte Haus Celle e.V. am 9. November 2002, im Gedenken an die Opfer der sog. Reichspogromnacht auf die rassistische Bedrohung verweisen, der Flüchtlinge in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland ausgesetzt waren.

Im Mittelpunkt der geplanten szenischen Lesung steht eine chronologische "Erzählung". Gelesen werden die trockenen, selten emotionalen Texte von Presseagenturen, Polizei- und Regierungsstellen, die von der Antirassistischen Initiative Berlin gesammelt wurden. Die geballte Rückschau birgt eine qualvoll Verdichtung des alltäglich Rassismus in diesem Land. Die gesamte Lesung ist auf 12 Stunden ange-

setzt. Die Lesenden sind nicht Schauspieler, sondern Laien.

Mit künstlerischen Mitteln soll das Theaterprojekt zur Auseinandersetzung mit den Folgen fremdenfeindlicher und rassistischer Stimmungen in Deutschland anregen. Der 9. November ist als Gedenktag hierbei ein historischer Anknüpfungspunkt, über den nicht eine Parallelisierung hergestellt, sondern vor allem die Rolle des "Zuschauers" ins Zentrum einer Auseinandersetzung gerückt werden soll.

Die Koordination erfolgt über das Bunte Haus, in dem es Erfahrungen mit selbstorganisierten Theaterprojekten gibt. Zur Vorbereitung soll in der Zeit vom 3. - 6. Oktober 2002 (in den Herbstferien) ein kostenloser Workshop stattfinden. Neben der Erarbeitung von kleinen Szenen und der Inszenierung der Lesung am 9.11.2002 werden im Rahmen des Workshops zwei Veranstaltungen zum Thema Rassismus und Neofaschismus in Deutschland stattfinden.

Näheres zum Projekt ist ab dem 9. September auf der Homepage des Bunten Hauses zu finden

---

## Leserbrief

### Kopftuch

Nun hat das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz entschieden, daß eine muslimische Lehrerin keinen Anspruch auf Übernahme in den staatlichen Schuldienst an Grund- und Hauptschulen hat, wenn sie im Unterricht ein Kopftuch trägt. Dieser Stein des Anstoßes „verletzt als deutlich wahrnehmbares Symbol einer bestimmten Religion die Pflicht zu strikter Neutralität, selbst wenn die Trägerin keine missionarische Absicht damit verfolgt.“

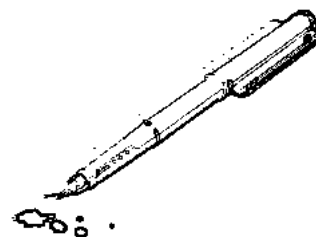
Also kein Verstoß gegen das Grundrecht der Religionsfreiheit durch Ablehnung der Übernahme, „Wegen der Vorbildfunktion einer Lehrerin an solchen Schulen darf diese den noch nicht gefestigten Schülern keine bestimmte Glaubensüberzeugung ständig und unübersehbar vor Augen führen.“ Die Schüler werden im Unterricht mit dem Symbol konfrontiert und gezwungen, beim Kopftuch zu lernen.

Haben die Richter hier ein folgenreiches Eigentor geschossen? Auch Lehrerinnen tragen Schmuck, dazu gehört auch das Kreuz. Ebenfalls - weil man die Lehrerin meist von vorn sieht - ein sichtbares Symbol der christlichen Religion, durch das die beeinflussbaren Grund- und Hauptschüler eine bestimmte Glaubensüberzeugung ständig wahrnehmen. Wird

dadurch nicht ebenfalls die Neutralitätspflicht verletzt, auch wenn die Trägerin z.B. bei Muslimen nicht missionarisch wirken will? Die Schüler werden im Unterricht mit dem Symbol konfrontiert und veranlaßt, beim Kreuz zu lernen.

Es ist wohl an der Zeit, daß das Bundesverfassungsgericht eine sachgemäße Entscheidung trifft, die klarstellt, ob Tuch auf dem Kopf und Kreuz am Hals gleichzubehanden sind oder ob es deutliche Unterschiede gibt, die differenzierende Behandlung rechtfertigen, Größe der Symbole kann allerdings ebenso wenig Unterscheidungsmerkmal sein wie deren Wert.

Hans Steuernagel



## Verwandlungs-ZeitRaum Wallerstein spricht von historischer Chance



Während das als Bibel der Anti-Globalisierungsbewegung gehypte "Empire" von Negri/Hardt manch eineN LeserIn das Buch eher genervt und skeptisch hat zuschlagen lassen, ist an dieser Stelle auf einen kurzen Essay hinzuweisen, bei dem ich fast eine

Garantie für zwei bis drei anregende Stunden aussprechen möchte. Der Wiener proMedia-Verlag hat jetzt eine Vortragsreihe des US-Soziologen Immanuel Wallerstein veröffentlicht, die sich unter dem Titel "Utopistik" mit "Historischen Alternativen des 21. Jahrhunderts" beschäftigen. Es handelt sich um eine brillante Analyse mit forderndem Charakter, die den Titel "Manifest" durchaus beanspruchen kann.

Wallerstein hat mit seiner Theorie des modernen Weltsystems in den 1970/80er Jahren ein Werk vorgelegt, das vor allem deshalb nicht viele Fans in der Linken fand, weil es sich eher skeptisch zeigte gegenüber dem revolutionären Überschuss der nach 68er-Periode. Fast antizyklisch zum Katzenjammer vieler, die ihre Hoffnung auf eine andere Welt trotz griffiger Attac-Parolen eher abschreiben, hat Wallerstein 1997, also vor Seattle, Porto Allegre und Genua in seinen in Neuseeland gehaltenen Gastvorträgen die Welt in einer Phase des historischen Übergangs beschrieben. "Verwandlungs-ZeitRaum" nennt Wallerstein diese herausbrechende Epoche mit der erstmaligen Chance für eine post-kapitalistische Gesellschaft.

Wallerstein vertritt die These, dass es in den Staaten, die heute die Basis des Weltsystems bilden, bisher keine Revolutionen gegeben hat. Grundlegend habe sich die gesellschaftliche Struktur und Funktionsweise der Staaten seit 500 Jahren nicht geändert. Das moderne Weltsystem hat sich im 16. Jahrhundert in Europa herausgebildet und dehnte sich wegen seiner inneren Dynamik aus, bis ins 19. Jahrhundert geografisch global, im 20. Jahrhundert bis in die letzten inneren Winkel und entlegenen Weltregionen. Wesentliche Systemelemente waren die Herausbildung staatlicher Strukturen und der kapitalistischen Produktionsweise. Weder die bürgerlichen, noch die sozialistischen Revolutionen hätten diese Basis des modernen Weltsystems umgewandelt. Staaten, die sich innerhalb des Weltsystems befunden hätten, wären der kapitalistischen Logik gefolgt bzw. wären durch diese dominierende Struktur dazu gezwungen gewesen, sich auf bestimmte Weise zu verhalten (wie die Sowjetunion). Wallerstein empfiehlt, sich die Lage der Unterdrückten jeweils 20 Jahre vor und 20 Jahre nach den politischen Revolutionen anzuschauen. Mit einer gewisse Plausibilität kann er so behaupten, dass sich für die Unterprivilegierten kaum mehr gewandelt hatte, als sich auch sonst in vierzig Jahren geändert hätte.

Ausgebreitet wird diese Sicht im ersten Vortrag mit dem Titel "Gescheiterte Träume oder Das verlorene Paradies", der das kapitalistische Weltsystem gleichzeitig als eine Ordnung größter Ungleichheit und Ungerechtigkeit analysiert. Die immer größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich delegitimiere Kapitalismus und Staat heute in einer neuen Dimension, jegliches Vertrauen in die Fähigkeit staatlicher Strukturen und die Hoffnung in seine Programme gingen verloren. "Die ideologische Zelebration der so genannten Globalisierung ist in Wahrheit der Schwanengesang unseres historischen Systems. Wir sind in die Krisenphase dieses Systems eingetreten," schreibt Wallerstein.

Im zweiten Vortrag ("Der schwierige Übergang oder Die Hölle auf Erden") zeigt der Marxist auf, warum das kapitalistische Weltsystem sich in Auflösung befindet, warum die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme eine "Lösung" innerhalb der alten Ordnung nicht mehr zulassen. Bei den einfachen Leuten würde die Schwächung staatlicher Legitimität aber unmittelbar nur Angst hervorbringen, Angst um ihren Lebensunterhalt, ihre Sicherheit, ihre Zukunft. Diese Angst verschaffe sich unter anderem in offenem Rassismus ein Ventil. Unordnung, Auflösung und Desintegration würden eine mindestens jahrzehntelange Periode schrecklicher politischer Kämpfe hervorbringen. Aber nach Wallerstein geht's dabei um was: "In Zeiten des Übergangs und der Krise wird der Faktor des freien Willens zentral. Dies lässt unserem Handeln, unserem Engagement und unserem moralischen Urteil einen Freiraum."

Im dritten und letzten Vortrag ("Soziale Gerechtigkeit und 'materiale Rationalität' oder Wie können wir das Paradies wiederbekommen?") stellt Wallerstein Überlegungen an, welche Ziele die Unterdrückten ins Auge fassen und vor welchen Klippen sie sich in Acht nehmen sollten. Hier finden sich viele Versatzstücke der libertär-anarchistischen Diskussion, wie sie auch in Deutschland geführt wird ("Freie Menschen in freien Vereinbarungen"). Nur dass es sich nicht um einen herrschaftsfreien Diskurs handeln wird, sondern die Übergangsphase zur "Hölle auf Erden" werden kann: "Wir werden keine einfache, entspannte politische Debatte erleben, keine freundliche Diskussion unter Chorknaben. Es wird einen Kampf auf Leben und Tod geben. Denn es geht darum, die Grundlagen für das historische System der nächsten 500 Jahre zu legen. Und zur Diskussion steht, ob wir einfach ein neuerliches historisches System haben wollen, in dem Privilegien dominieren und Demokratie und Gleichheit auf minimaler Ebene existieren, oder ob wir uns in die entgegengesetzte Richtung bewegen wollen - zum ersten Mal in der bekannten Menschheitsgeschichte." Wer bei Wallerstein einen Hinweis darauf sucht, wer dies bewerkstelligen soll, muss sich mit dem Begriff "Regenbogen-Koalition" begnügen. Aber dafür lässt der 72-jährige seinen Vortrag mit dem ostafrikanischen Aufruf "Harambee!" enden: "Lasst uns beginnen!"

Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. (Promedia) Wien 2002. 118 Seiten. 9,90 Euro.

# Termine im Kino achteinhalb:



**Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle Immer Freitags, Beginn: 20.30 Uhr Eintritt: 4,50 EUR**

## **06.09.2002: "Das Zimmer meines Sohnes"**

Italien 2001, Regie: Nanni Moretti

Das Zimmer meines Sohnes ist ein Film über den Tod als das Unerwartete und Unerklärbare, vor dem die Heiterkeit versagt: Ein Junge kommt bei einem Tauchunfall ums Leben. Seine Familie, besonders sein Vater, ein Psychoanalytiker, sind kaum in der Lage mit dem Schmerz umzugehen. Doch ganz allmählich fordern schlichte Tatsachen des Alltags ihr Recht und zeigen: Das Leben geht weiter. Der Film wird im Rahmen der Celler Palliativ-Wochen in Zusammenarbeit mit der "Hospizbewegung Celle Stadt & Land e.V." gezeigt.

Der Film wird im Rahmen der Celler Palliativ-Wochen in Zusammenarbeit mit der "Hospizbewegung Celle Stadt & Land e.V." gezeigt.

## **13.09.2002: "Jalla! Jalla!"**

Schweden 2000, Regie/Buch: Josef Fares

Mit viel Witz und liebenswürdigem Elan wird in dieser schwedischen Multi-Kulti-Komödie über Freundschaft, Liebe und manchmal lästige Familientraditionen berichtet. Der Schwede Mans und Roro, der Sohn libanesischer Zuwanderer arbeiten als Parkpfleger beim städtischen Gartenamt. Obwohl ihre Tätigkeit weitgehend daraus besteht, Entengrütze aus dem Teich zu angeln und Hundekot aufzusammeln, sind sie mit sich und der Welt im Reinen. Das Leben mit ihren beiden Freundinnen Lisa und Jenny könnte so weiter gehen, doch unvorhergesehene Ereignisse bringen die beiden Freunde gehörig aus dem Konzept...

## **20.09.2002: "American Beauty"**

USA 1999, Regie: Sam Mendes

Verliebt in die Freundin seiner Tochter: Lester Bumham, jahrelang unterdrückt von seiner frustrierten Ehefrau und seiner misshandelten Tochter, beschließt, sein Leben von Grund auf zu ändern. Er schmeißt seinen Job und holt ohne Rücksicht auf Verluste alles das nach, was er sich in seinen kühnsten Träumen niemals hätte ausmalen können. Der "amerikanische Traum" erhält durch den ätzend-ironischen Blick hinter die äußerlich glänzende Fassade tiefe Risse. Mit mehreren Oskars prämiert.

## **27.09.2002: "Vergiss Amerika"**

Deutschland 2001, Regie: Vanessa Jopp

Humorvolle feinfühliges Geschichte aus der ostdeutschen Provinz. Die Freunde David und Benno verlieben sich beide in das Mädchen Anna, die aber Benno den Vorzug gibt.

Trotzdem bleiben alle drei befreundet und die Zukunft liegt vielversprechend vor ihnen. Doch nach und nach zerrinnen ihre jeweiligen Träume. Als sich Anna schließlich immer mehr David zuwendet, steht nicht nur die Freundschaft der beiden Jungs auf dem Spiel.

"Vergiss Amerika" handelt von zerbrochenen Träumen und ungestillten Sehnsüchten. Aber auch von einer unbändigen Lebenswut und kleinen Fluchten mit ungewissem Ausgang.

## **04.10.2002: "Berlin is in germany"**

Deutschland 2000, Regie: Hannes Stöhr

Brillianter Erstlingsfilm, der das Zusammentreffen von Ost und West mit einer gehörigen Portion Sarkasmus beschreibt, Diskriminierung oder Klischees aber vermeidet.

Personalausweis, Führerschein, Geldbörse - Martins alte DDR-Habe - taugt gerade noch zum Papierfliegerbasteln...

## **11.10.2002: "Saltwater"**

Im Rahmen der Filmreihe: "act naturally - Filme aus Großbritannien"

Irland 1999, Regie/Buch: Conor McPherson

Mit Witz und Ironie wird die Geschichte der irischen Familie Beneventi in einem kleinen Kaff am Meer erzählt. Deren beschauliches Leben gerät von einem Tag auf den anderen aus der Bahn: der Sohn will die Schulden seines Vaters mit einem Raubüberfall tilgen, die Tochter hat ihre liebe Not mit ihrem Freund.

## **18.10.2002: "Der Postmann"**

Italien 1994, Regie: Michael Radford

Die Freundschaft zwischen dem einfachen Postboten Mario Ruoppolo und dem bekannten chilenischen Dichter Pablo Neruda. Begeistert von der Welt der Poesie öffnen sich für Ruoppolo ungeahnte Wege und Gedankengänge. Dramaturgisch hervorragendes Erzählkino, inszeniert wie ein Liebesgedicht aus der Feder Nerudas: voller Lebensweisheiten, tragikomischer Gefühlsausbrüche, dabei zartfühlend, sinnlich, verführerisch. Als romantischer Postbote Mario glänzt der italienische Komiker Massimo Troisi in der letzten Rolle seines Lebens.

## **25.10.2002: "Goya"**

Spanien/Italien 2000, Regie: Carlos Saura

Nach dem Roman von Lion Feuchtwanger Der Film ist eine bildgewaltige Erkundung der Träume und Halluzinationen, der Leidenschaften und Dämonen Francisco de Goyas, der neben Velazquez als bedeutendster Maler Spaniens gilt. Saura zeigt ein sensibles Gespür für die einzigartige sozio-politische Atmosphäre der Zeit Goyas, die von aufklärerischem Wandel sowie von Revolution und Machtkämpfen geprägt ist. Sauras Bild-Ästhetik verführt die Sinne, beflügelt den Geist und fordert die ZuschauerInnen heraus.



## TERMINE

**Fr. 06.09.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Bald rockt´s...wie noch nie!!!  
Rocken bis der Arzt kommt!  
Infos und Musikwünsche:  
baldrockts.de.vu

**Fr. 06.09.2002, 19.00 Uhr**

UJZ Kornstr., Hannover  
Lesung mit Thomas Ebemann & Rainer  
Trampert  
Sachzwang & Gemüt

**So. 08.09.2002, 11.00 Uhr**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
Erinnerungen an das  
Konzentrationslager Bergen-Belsen  
Dr. Karol Kucera (Bratislava) berichtet  
aus seiner Lebensgeschichte

**Do. 12.09.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Der Junge mit der Gitarre + Support  
Der Shootingstar der Plattenbranche -  
bekannt aus MTV, VIVA -  
Mega-Chart-Entry auf Platz 73 der  
Singlecharts!!!  
Eintritt: VVK: 4,50- / AK: 6,-

**Fr. 13.09.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Miasma, Yellowhouse und Yen

**Fr.: 13.09.2002, 20.00 Uhr**

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle  
Von Swing bis Jazz-Rock  
Session der Neuen JazzInitiative Celle  
Eintritt frei

**So. 15.09.2002, 15.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Trio Kunterbunt-Kinder-Konzert  
Achtung: Vorverkauf!

**So. 15.09.2002, 10-18.00 Uhr**

Flohmarkt auf dem Findelhof,  
Bockelskamp

# Kaleidoskop

... das etwas andere Theater

Kaleidoskop - das Programm - KIK - Kunst im Kuhstall  
Ziegeleiweg 2, 29342 Bockelskamp-Wienhausen  
Telefon 0 51 49 - 82 62, Fax 0 51 49 - 14 39  
www.Findelhof.de

**Sa. 07.09.2002, 20.30 Uhr**

"Seibel und Ohlenberg", Kabarett

**Sa. 21.09.2002, 20.30 Uhr**

"Robert Griess", Kabarett

**Sa. 05.10.2002, 20.30 Uhr**

"Kattrin Kupke", Schräges Kabarett

**Sa. 19.10.2002, 20.30 Uhr**

"Gregor Lawatsch", Kabarett

**Sa. 02.11.2002, 20.30 Uhr**

"Peter Vollmer", Doktor-Spiele

**Sa. 15.11.2002, 20.30 Uhr**

"Herzen in Terzen", A-Capella

**Sa. 22.11.2002, 20.30 Uhr**

"Thomas Reis" - "So wahr ich Gott helfe"

**Di. 17.09.2002, 19.00 Uhr**

Buntes Haus,  
Hannoversche Str. 30F, Celle  
Geschichtswerkstatt  
Auf den Spuren von Cellern  
Opfern des NS  
Siehe Seite 14 in dieser revista

**Sa. 21.09.2002, 20.00 Uhr**

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle  
Flamenco  
Die beim Celler Publikum äusserst be-  
liebte spanische Tänzerin Angeles  
Santiago wird mit einer Gruppe nam-  
hafter Flamencomusiker die neue  
Saison in Kunst & Bühne tempera-  
mentvoll eröffnen.

**Fr. 20.09.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Reggatta de Blanc  
The famous "Police"-Coverband live in  
stage  
Danach: Rockparty mit Radio 21-  
Starmoderator Uli Kniep  
Eintritt: VVK: 10,50 / AK: 12,-

**Di. 24.09.2002, 19.30 Uhr**

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30F,  
Celle, Veranstaltung vom Bunten  
Haus, AK Eine Welt, DGB zum Thema  
"Coca-Cola in Kolumbien - erfrischend  
tödlich"  
Siehe Seite 19 in dieser revista

### 15.09. - Soli-Vokü für Tschernobyl

Das Celler Forum gegen Atomenergie macht am Sonntag, den 15. September, im Bunten Haus eine Soli-Vokü für Tschernobyl. Im Oktober fährt wieder eine Hilfstransport der ev. Kirche in die besonders betroffenen Regionen Gomel und Korma. Die Celler AKW-GegnerInnen wollen die VoKü-Einnahmen für dieses humanitäre Projekt spenden; Informationen gibt's selbstverständlich auch. Das Essen kommt wie immer um 18 Uhr auf den Tisch.

# TERMINE

**Fr. 27.09.2002, 20.00 Uhr**

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle  
Die Neue JazzInitiative präsentiert:  
Groovin' Conspiracy  
Eintritt: 10 / erm. 8

**Sa. 28.09.2002, 20.00 Uhr**

Kunst & Bühne, Nordwall 46, Celle  
The Best Western  
Ein Western mit Gesang und  
Instrumentalbegleitung; sowie weitere  
Stücke mit Gebrüll - dargeboten von  
den beiden Katastrophendramatikern  
Jörg W. Gronius und Bernd  
Rauschenbach  
Eintritt: 9 / erm. 6

**Do. 03.10. - So. 06.10.2002**

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30F,  
Celle  
Theater-Workshop  
Siehe Seite 20 in dieser revista

**Fr. 11.10.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Shopmouse  
Britpop at it's Best!

**So. 13.10.2002**

Gedenkstätte Bergen-Belsen  
"Fürchtet euch nicht. Verfolgung und  
Widerstand der Zeugen Jehovas unter  
dem Nazi-Regime"  
Ein Dokumentarfilm von Stefanie Krug  
und Fritz Poppenberg (1997)  
Einführung: Dr. Thomas Rahe

**So. 20.10.2002, 10-18.00 Uhr**

Flohmarkt auf dem Findelhof,  
Bockelskamp

**Sa. 26.10.2002, 21.00 Uhr**

CD-Kaserne, Hannoversche Str., Celle  
Lotto King Karl  
Kultstatus!  
Eintritt: VVK: 10,50 / AK: 12,50



## Termine in der Vokü:

Jeden Sonntag um 18.00 Uhr  
im Bunten Haus,  
Hannoversche Str. 30f

01.09. Fairbruzelt  
08.09. Flitze Feuerzahn  
15.09. Cocina Fina  
22.09. Pasta Ya  
29.09. Spicegirls

06.10. Fairbruzelt  
13.10. Flitze Feuerzahn  
20.10. Cocina Fina  
27.10. Pasta Ya

03.11. Spicegirls  
10.11. Fairbruzelt  
17.11. Flitze Feuerzahn  
24.11. Cocina Fina

## Ständige Termine:

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 20 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstrasse)

**Weltladen Öffnungszeiten:**  
Di + Mi: 10-17 Uhr  
Do: 15-17 Uhr  
Fr: 9.30-12.30 Uhr + 15-17 Uhr

**Forum gegen  
Rechtsextremismus und Gewalt:**  
jeden 1. Mittwoch im Monat 19 Uhr  
c/o DGB-Celle, Trift 21, 29221  
Celle

**Termine im Bunten  
Haus:**  
(CD-Kaserne hinten links Halle 12)  
Hannoversche Str 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Fahrradwerkstatt:**  
jeden Montag 18 Uhr

**Archiv**  
jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**KDV-Beratung**  
jeden Donnerstag 17-19 Uhr

**Plenum**  
jeden Donnerstag 19 Uhr

**Volxküche**  
jeden Sonntag 18 Uhr

**Deutschkurst für MigrantInnen**  
jeden Dienstag und Donnerstag  
17.30-18.30 Uhr

**Internationalismus-Café**  
jeden Mittwoch 17-19 Uhr

**Forum gegen Atomindustrie**  
Mittwoch 04.09 + 02.10. 19.30 Uhr

## 15 JAHRE SPRENGEL SOMMERFEST von Freitag 06.09. - Sonntag 08.09.

**Fr. 06.09. ab 20 Uhr:**

PARTY DELUXE mit dem Vorprogramm:  
Sprengelfrauenchor / Hebebühne / Drinks & Cocktails

**Sa. 07.09. ab 20 Uhr:**

KONZERT mit  
BANANA PEEL SLIPPERS (Ska Orchester aus Köln)  
HEX (Grunge Pop aus Hannover)  
MATE CALIENTE & AMIGOS (Latino Reggae Rock mit Hip Hop Support)

**So 08.09. ab 12 Uhr:**

BRUNCH BUFFET mit Klavierbegleitung von Holger Kirleis (Hebebühne)  
Basketball Turnier / Kleiderkammer Boutique / Quiz